2. Mai 1991

INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



1. Mai 1991

Nr. 145

3 Jahre Interim und das 4. Jahr mit revolutionärer 1Maidemo. Zwei kleine Jubiläen, die wegen einer gewissen Kontinuität in der politischen Praxis Grund zur Freude, aber auch Anlaß sind, unsere Projekte mal wieder genauer zu hinterfragen. Damit Jubiläen nicht zu Gedenkveranstaltungen verkommen.
Ob am Mittwoch 5 oder 30000 auf der Demo gewesen sein werden, ist dafür egal. "Gilt es nicht den politischen und sozialen Rahmen zu schaffen, in dem sich diese 15000 einbringen und verhalten können, und so zu einer Kraft am 365 Tagen im Jahr zu werden?" fragten wir nach der Demo vor einem Jahr und halten die Frage nach wie vor für aktuell. Nicht zuletzt die Vorlaufphase zum diesjährigen 1Mai hat gezeigt, daß es uns nicht gelungen ist, unsere momentanen Stärken in die gesellschaftlichen Alltagskonflikte zu verlängern. Wenn sich das Vorbereitungsplenum einen Monat vor der Demo die Sinnfrage stellt, ist das nicht nur erfrischende Selbstironie, sondern vor allem ein Zeichen der Inhalts- und Praxisleere in der wir alle uns derzeit bewegen. Wir wollen nicht sagen, daß nichts passiert. (Sowjetische JüdInnen widersetzten sich mittlerweile zum zweiten mal ihrer Verfrachtung nach Lichtenberg; auf der Antifademo am 20.04. beteiligten sich vor allem "ausländische" Jugendliche; die Kämpfe der Lohnabhängien in der ehemaligen DDR...)
Aber der 1Mai nicht nur als Institution, sondern als lebendiger Ausdruck der alltäglichen vielfältigen Widerstandsformen von Frauen und Männern in dieser Stadt kann natürlich nur funktionieren, wenn wir selbst wieder zu einem handelnden Faktor in den entscheidenden Auseinandersetzungen werden.
Nach inzwischen 3 Jahren ist dieses Zeitungsprojekt genausowenig wie der 1Mai davor gefeit, zum Mythos zu werden. Auch wir werden uns in nächster Zeit die "Sinnfrage" stellen, und die letzten 3 Jahre mal unter die Lupe nehmen. Dabei wird es keine grundsätzlichen Veränderungen geben, aber wir wollen unsere Schwächen und Stärken der letzten Jahre noch mal betrachten und dann hoffentliches einiges besser machen. Es wäre hilfreich, wenn die eine oder andere von euch auch mal was dazu sagen würde.

Ein "Anfang" wurde letzte Woche mit dem Papier "Für revolutionäre Organisierung" gemacht. Wir empfinden diese Kritik an manchen Stellen überzogen und unsolidarisch, da wir das Gefühl haben, daß ihr eine im Ansatz berechtigte Kritik dazu nutzt, uns aus der kleinsten Unachtsamkeit eine Schlinge zu drehen, und euch geradezu auf die Suche nach Fehlern begebt.
Zu den einzelnen Vorwürfen wollen wir trotzdem etwas sagen:

*** Das Enttarnungspapier zu F.H. ist aus den bekannten Gründen nicht veröffentlicht worden. Wir haben es damals trotzdem in den Ordner gepackt, da daß Papier zu der Zeit schon über andere Wege Verbreitung gefunden hatte. Das Fehlen des Visaantrags bleibt uns unerklärlich.

*** Unsere Polemik gegenüber dem 1Maiplenum (die im übrigen frei aus dessen Protololl zitiert war) richtet sich natürlich auch gegen uns selbst. Es war ein Zynismus auf unsere Schwierigkeiten damit, die diesjährige Mobilisierung inhaltlich zu bestimmen. Der Problematik, daß unsere Kommentare oft arroganter wirken, als sie gemeint sind, sind wir uns bewußt. Trotzdem werden wir auf dieses Mittel nicht verzichten, da es immer noch genügend Menschen gibt, die Sinn für Ironie haben. An euch der Rat: Hört selber auf, uns hoch zu stilisieren und lest die Zeitung wegen ihren Inhalten, nicht wegem dem Vorwort.

*** Wir freuen uns jedesmal über fertig layoutete Beiträge. In der Regel werden diese nicht auseinander geschnitten. Es gibt 3 Ausnahmen: 1. Platzmangel, 2. die Bilder sind nicht reproduktionsfähig, 3. die Bilder erscheinen auf jedem zweiten Flugi oder Plakat und sind einfach abgegessen.

*** Der Titel "Schertzkekse" solltenatürlich nicht assoziieren, daß es sich bei dem Plakat um ein Bullenteil handelt.

*** ohne Worte



IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

*** Hin und wieder kommt es vor, daß Texte viel zu spät im Ordner landen. Technische Mängel und menschliches Versagen unsererseits sind hierfür verantwortlich. Wir werden alles versuchen, damit sich das in Zukunft verbessert.

*** Wir denken nicht, daß das Papier der "Autonomen KommunistInnen" zu einer Diskussion über DDR-Geschichteund Stalinismus hätte beitragen können. Viemehr sehen wir in der kritisierten Passage einen Rehabilitierungsversuch für ehemalige DDR-Bonzen. Dazu sind wir nicht bereit, da es zu unseren Veröffentlichungskriterien gehört, daß wir keine stalinistischen Positionen veröffentlichen und stalinistische Politiker nicht verteidigen. Ihr habt recht, daß die Veröffentlichung des zweiten Papiers der AK demnach in konsequent war.

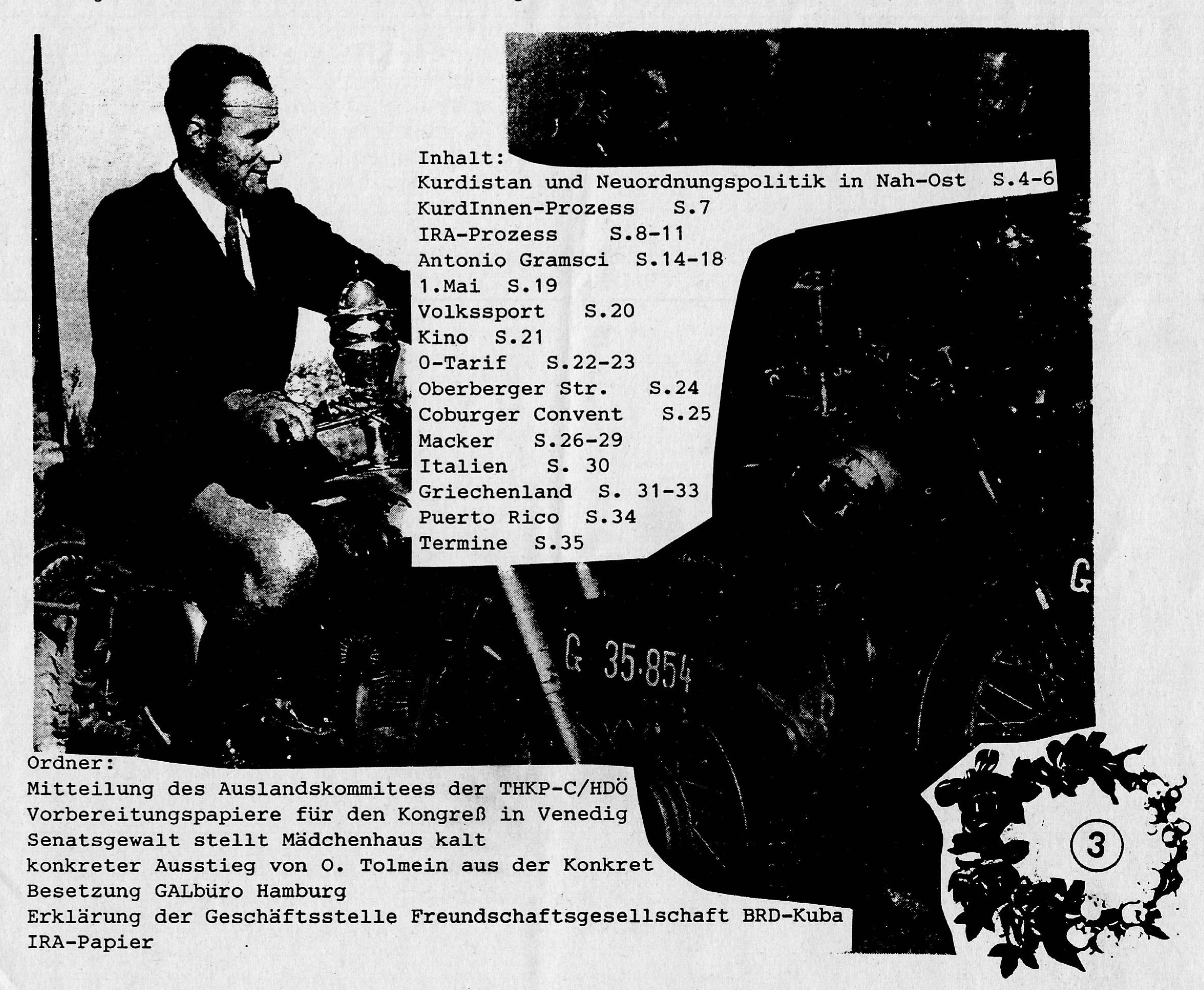
Wir haben an uns nicht den Anspruch der Unfehlbarkeit, so daß wir immer wieder Fehler machen werden. Außerdem sehen wir uns nicht als TechnokratInnen, die der Bewegung ein Forum zur Verfügung stellen, sondern verstehen uns dabei als Teile der Bewegung, die ihre Subjektivität nicht außen vor lassen werden.

Es ist jetzt leider (für manche von euch wahrscheinlich zum Glück) schon zu spät, um noch etwas zu den Inhalten dieser Ausgabe zu sagen.

Nur kurz zum Ordner:
Das IRA-Intervies ist unkritisch gegenüber ihrer Politik. das Mißverhältnis zwischen Länge und politischer Aussagekraft rechtfertigt für uns zusätzlich keine Veröffentlichung. Seitenlanges Aufdieschulterklopfen und Gerede über die neuesten Waffentechnologien halten wir für ein Ausweichen vor den politischen Fragestellungen.

Wir haben einige englischsprachige Vorbereitungspapiere für den autonomen Kongress in Venedig bekommen. Außerdem findet in Wiesbaden ein Vorbereitungstreffen statt. (siehe S. 35)

Noch was: schwarze schrift auf dunkelfarbigem Papier können wir nicht weiterverarbeiten. (so gesehen bei "Senatskohlestreichung für autonome Mädchenhäuser")



Inhalt:

Ordner:
Mitteilung des Auslandskommitees der THKP-C/HDÖ
Vorbereitungspapiere für den Kongreß in Venedig
Senatsgewalt stellt Mädchenhaus kalt
konkreter Ausstieg von O. Tolmein aus der Konkret
Besetzung GALbüro Hamburg
Erklärung der Geschäftsstelle Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba
IRA-Papier

Ursprünglich vorgesehener Redebeitrag für die 1. Mai-Demo

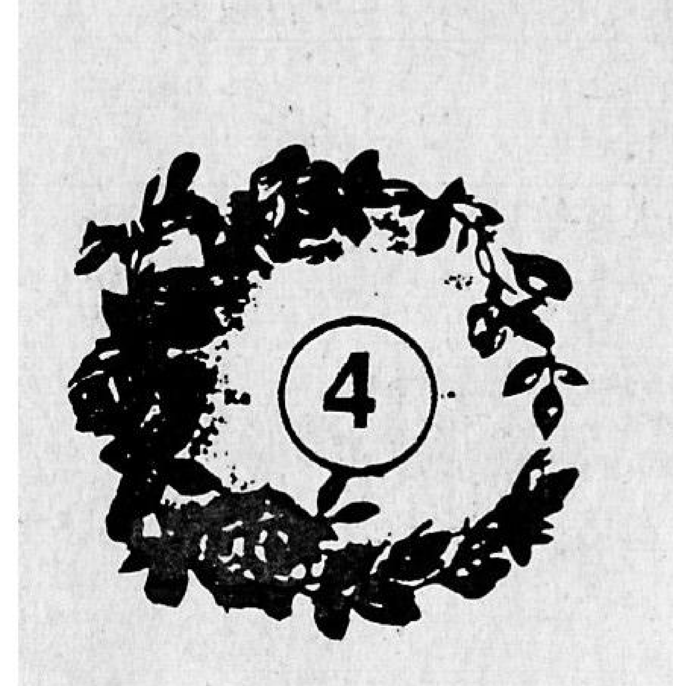
Zum Massaker an den KurdInnen und zur Neuordnungspolitik in Nah-Ost
oder
Genscher redet von "Völkermord", was bleibt da noch den Autonomen?

Nach dem Waffenstillstand im Golfkrieg erhob sich im Irak die südliche, schiitische und die kurdische Bevölkerung im Norden gegen die Diktatur Saddam Husseins. Diesem spontanen Volksaufstand schlossen sich viele zurückkehrende Soldaten an, um den verhaßten Kriegstreiber und Völkermörder zu beseitigen. Nach kurzer Zeit waren selbst große Städte wie Kirkuk im Norden in der Hand der revolutionären Bewegung. Eine Zeitlang sah es so aus, als seien die Aufständischen die Gewinner des Golfkrieges und könnten sich von der Unterdrückung der Baath-Partei befreien. - Schon zu diesem Zeitpunkt, als in Irak die Anzeichen einer kurdischen und schiitischen Revolution deutlich wurden, war das Interesse und die Unterstützung durch die Linke hier kaum vorhanden. - Für die KurdInnen war dies die große historische Chance endlich dem permanent drohenden Völkermord zu entgehen, das Giftgasmassaker von 1988 zu rächen und die Unabhängigkeit zu erkämpfen.
Doch die Freude war zu früh! Die Angst der Alliierten, an der Spitze die USA, vor dem unkontrollierten Aufstand und die damit verbundene revolutionäre Umwälzung des Iraks, überwog die Abneigung gegen das Regime der Baath-Partei. Ein geschwächter Saddam Hussein war den imperialistischen Interessen nun völlig recht. Er ist ein Garant für die Unterdrückung der Kämpfe der Armutsbevölkerung im Irak. Ein schiitisch und kurdisch bestimmter Irak hätte die Ordnungsvorstellungen des Imperialismus gefährdet und vielleicht Aufstände in anderen Golfländern mit hervorgerufen. Die Ausstrahlung für die anderen kurdischen Regionen den schon stattfindenden Kampf zu verstärken, wäre ohne Zweifel vorhanden gewesen.
Das mörderische Bündnis der Alliierten mit dem Baath-Regime wurde mit dem Stop der militärischen Angriffe gegen die Republikanischen Garden besiegelt. Diese Elitetruppe Saddam Husseins konnte dann später für die Niederschlagung der Aufstände eingesetzt werden.
Im Süden geschah die blutige Niederschlagung des Aufstandes fast noch rücksichtsloser als in Kurdistan - im Einvernehmen der gesamten Welt. Die Medien berichteten über die blutige Abrechnung der Elitesoldaten mit der schiitischen Bevölkerungsmehrheit überhaupt nicht. Die Dämonisierung von radikalislamischen Bewegungen hatte in den Metropolenköpfen gut gegriffen und schließlich war der Krieg ja beendet, und die Friedensbewegung wieder zuhause.
Die kurdische Bewegung hatte die gesamte kurdische Region im Norden des Irak befreit und die irakische Millionenstadt Mossul war umkämpft. Die irakische Armee begann sofort nach Niederschlagung des südlichen Aufstandes sich gegen Kurdistan zu wenden. Zu Beginn ließ die USA noch ein Startverbot für Flugzeuge verhängen, schoß sogar zwei ab, dann aber gab sie grünes Licht für das Massaker. Die kurdische Bevölkerung im Irak wurde damit zum zweiten Mal in kurzer Zeit von dem US-Imperialismus erst unterstsützt, dann getäuscht und in die Massenvernichtung getrieben:

> 1975 unterstützte der damalige Schah von Persien die irakischen KurdInnen zur Destabilisierung des irakischen Regimes. Die Hilfslieferungen an die KurdInnen wurde direkt von den USA geleistet, von deren Unterstützung der Schah abhing. Über Nacht kam es zu einer diplomatischen Einigung zwichen dem Schah und dem irakischen Regime. Dies hatte den sofortigen Stop der Waffenlieferungen an die KurdInnen zur Folge. Die irakische Armee rechnete blutig mit der kurdischen Bewegung ab. Genau wie jetzt, 1991 als unmittelbare Konsequenz des Golfkrieges.

Im berechtigter Angst vor dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen floh über die Hälfte der Bevölkerung Kurdistans, kurdische, assyrische, arabische und turkmenische Kinder, Frauen und Männer in die Berge an die Grenzen zur Türkei und Iran. Fast 3 Millionen Menschen befinden sich seitdem auf der Flucht, sterben unterwegs an den Folgen von Napalm- und Phosphorverbrennungen, an Hunger und Kälte auf den Berggipfeln.
Die irakische Militäroffensive in Kurdistan dient dem Vollzug des alten Ziels der nationalchauvinistischen Baath-Partei:

> die Vertreibung und Vernichtung des kurdischen Volkes und die endgültige und unwiederrufliche Arabisierung Kurdistans. Als Vorbild dient dabei die Siedlungspolitik die Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten praktiziert. In zynischer Verkehrung heißen die arabischen Neusiedlungen im kurdischen Kirkuk,



Haifa und Yaffa.

So sieht ein Teil der neuen Ordnung im Nahen Osten aus:

- Kriege werden wieder salonfähig und als Friedensaktion gepriesen. Die UNO gibt die völkerrechtliche Legitimation. Die alten Regime bleiben erhalten und die aufbegehrenden Völker und Armen werden mit modernsten Waffen ermordet und zur Flucht gezwungen. Statt Kampf um Befreiung ist der nackte Existenzkampf Realität, wie zur Zeit in Kurdistan.

Diese neue Kriegsordnung bekommen alle in Nah-Ost zu spüren:

- Die PalästinenserInnen in Kuwait unter der wiedererrichteten Herrschaft der Sabah-Clique, die dort ausgewiesen, gefoltert und getötet werden. In den besetzten Gebieten Palästinas wurden Ausnahmezustand und Ausgangssperre während des Krieges drastisch verschärft. Die nun ausbleibenden Geldzahlungen von den palästinensischen MigrantInnen aus den Golfstaaten und von den Golfstaaten selber werden die Lebensbedingungen im Gaza und Westjordanland erheblich erschweren. Dies ist unter anderem die Konsequenz des fatalen Bündnisses der PLO mit dem Baath-Regime. Die Aufrechterhaltung der Infifada wird ungeheure Anstrengungen erfordern.
- Zehntausende von zurückgekehrten oder vertriebenen ArbeitsmigrantInnen aus der Golfregion stehen in ihren Heimatländern vor dem Nichts. Die alten Herrschaftssippen haben die rassistische Arbeitshierarchie in den Golfländern verändert. Jetzt werden vermehrt die noch billigeren Arbeitskräfte aus Indien, Pakistan, Bangla Desh, usw. ausgebeutet. Selbst ägyptische Migranten sind trotz des Bündnisses gegen Saddam Hussein nicht mehr gefragt.
- Die durch den Krieg schwer getroffene irakische Bevölkerung steht vor dem Verhungern. Das UNO-Embargo ist zum größten Teil immer noch in Kraft und dies schließt Lebensmittellieferungen mit ein. Nahrungsmittel sind nur noch auf dem schwarzen Markt erhältlich und dies zu unbezahlbaren Preisen. Die systematische Zerstörung der zivilen Infrastruktur, wie Wasser- und Energiewerke, Brücken und Straßen durch alliierte Bomben erhöht die Seuchengefahr und macht die Versorgung der großen Städte unmöglich. Die Choleraepidemie in Latainamerika droht auch den Völkern der Golfregion. Seuchen, als Folge der Armut, könnten damit zum beliebten bevölkerungspolitischen Instrument der neuen Ordnung werden.

Die Flüchtlingsströme der kurdischen Bevölkerung schreckte dann doch plötzlich die sogenannte Weltöffentlichkeit auf. Jetzt konnte noch schnell nachträglich der Eindruck erweckt werden, daß dies nicht im Interesse der Alliierten gewesen wäre. Hilfslieferungen und Sondersitzungen des Bundestages verstärkten den Eindruck von aufgeregter Empörung.
Die Hilfslieferungen kommen bewußt zu spät und vor allem sie kommen nicht an. Die Flüchtlinge sterben täglich, tausend pro Tag schreiben die Zeitungen. So wird immer noch mit Gewalt des türkischen Militärs der überlebenswichtige Abstieg in die Täler verhindert. Von Anfang an hat das türkische Militär die Hilfslieferungen der türkisch-kurdischen Bevölkerung nicht zu den Flüchtlingen durchgelassen, bzw. Geschäfte mit den Hilfslieferungen betrieben.

Die Flüchtlinge sterben langsam. Die Medien zeigen Bundeswehrhubschrauber vor denen Menschen sich um die spärlichen Lieferungen, angesichts der Flüchtlingsmassen, schlagen. Die KurdInnen werden brutal zu unsozialen Opfern gemacht. Ihnen wird nicht nur das Leben, die Aussicht auf ein besseres Leben auf eigenem Land, sondern auch die Identität genommen. Das sie kämpfende Subjekte sind, die sich seit jahrzehnten gegen die koloniale Unterdrückung wehren, wird ausgeblendet. Das ist die ganz besondere Seite der rassistischen Metropolensicht.
Die Errichtung einer Schutzzone für die KurdInnen im Irak kommt einem Reservat, wie dem Gaza-Streifen, gleich. Es treibt das kurdische Volk in das gleiche Schicksal wie das palästinensische Volk - ein Leben in Lagern.
Kurdistan ist ein an natürlichen Ressourcen reiches Land. Es ist vor allem die Wasserquelle des Nahen Ostens. Die Verfügungsgewalt über diese Region muß in"sicheren Händen" bleiben, daher scheint ein kurdischer Staat zu unsicher für den Imperialismus.
Der Kampf der KurdInnen für ein besseres Leben in Unabhängigkeit hat eine grausame Niederlage erlitten. Dies war vom Imperialismus mit tatkräftiger Unterstützung des irakischen



Baath-Regimes auch nicht anders vorgesehen. Der Krieg hat sich also gelohnt!

Nach dem Waffenstillstand der Alliierten mit der irakischen Armee gab auch die Anti-Kriegs-Bewegung endgültig den politischen Anspruch auf Widerstand auf. Schon während des Golfkrieges war die autonome und antiimperialistische Bewegung nicht in der Lage ein eigenständiges politisches Profil innerhalb der Friedensbewegung zu entwickeln. Für uns blieb scheinbar nur die Wahl zwischen zwei Machtblöcken, es gab keine Befreiungsbewegung, die eine Perspektive aufgezeigt hätte, mit der wir uns vorbehaltlos solidarisieren konnten. Vor dme 15. Jan. war die eigene Kriegsangst noch Mobilisierungsfaktor. Danach wurden die politischen Schwierigkeiten mit dem Sozialprozess im Nahen Osten mit Nichtverhalten beantwortet. Spätestens da hätte klar sein müssen, daß wir unser Verständnis von internationaler Solidarität grundlegend überdenken müssen. Aber das traditionelle Antiimperialismusverständnis mit sozialistischer und nationaler Befreiungsperspektive im Trikont scheint nach wie vor in den Köpfen der Linken zu sein. Auch nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Länder gab es keine kritische Aufarbeitung mit der eigenen Sozialismusvorstellung und der daraus resultierenden Solidaritätsarbeit. Statt dessen wurde aufgegeben.
Das unsolidarische Nicht-Verhalten zum Massaker an den KurdInnen ist eine politische Bankrotterklärung.Die Demos und Kundgebungen gegen den Völkermord an den KurdInnen waren klein und kraftlos. Die kurdischen Organisationen waren mit ihrem zahlenmäßig kleinem Anhang fast alleine. Die deutsche Linke hat sich nicht blicken lassen. Von einem internationalistischen Verständnis von Befreiung war keine Spur.
Wir werden zunehmend mit Bewegungen konfrontiert, deren Unterstützung nicht widerspruchsfrei ist. Ob jetzt die irakisch-kurdischen Organisationen, die in den USA eine Bündnispartner suchen, oder die schiitischen Aufständischen mit islamischer Ideologie.
Wie zynisch und politisch hilflos ist es, wenn wir uns von den scheinheiligen Hilfslieferungen der BRD nicht anders abgrenzen können, als uns gar nicht mehr zu verhalten.
An der türkischen Grenze wird ein Präzedenzfall geschaffen. Hier werden Flüchtlingsmassen aus dem Trikont, die vor ihrer Vernichtung nach Europa fliehen, mit Nato-Gewalt zurückgehalten. Es ist einfach ignorant von der Linken dies nicht zu erkennen. Die Türkei erfüllt die ihr zugedachte Rolle perfekt. Genau dies ist ihre vorgesehene Nato-Aufgabe. - Wir sind zwar gegen die Festung Europa, Trevi und Schengener Abkommen, aber handeln keineswegs dementsprechend. Sonst müßten wir die Forderung der KurdInnen an der türkischen Grenze unterstützen. Nämlich dorthin gehen zu können, wo ihnen ein Überleben zumindest vorübergehend gesichert erscheint. Aber diese Forderung zu unterstützen scheint vielen zu banal; doch hätte dies eine Möglichkeit sein können, das Massensterben zum Teil zu verhindern. - Grenzen auf für alle Flüchtlinge!

Noch immer werden KurdInnen aus der BRD abgeschoben. In Berlin gibt es bislang keinen Abschiebestop. Hier sollten wir Druck ausüben und dies erwirken!

Parolen schenk ich mir



Zum Celler Prozeß gegen 4 Kurden

Wir sind am 10.4.91 mit 40 Leuten aus Hannover nach Celle zum Prozeß gegen 4 Kurden gefahren, die im Zusammenhang mit dem Düsseldorfer Prozeß ebenfalls wegen §129a angeklagt sind. Weitere Anklagepunkte gegen die Einzelnen sind Urkundenfälschung, Freiheitsberaubung und Mord.

Als die beiden in Untersuchungshaft sitzenden Adil und Nahim in den Gerichtssaal geführt wurden, haben wir mit ihnen zusammen mehrmals "Hoch die internationale Solidarität" gerufen. Danach haben wir stehend folgende Erklärung gehalten:

"Wir sind heute hier, weil wir euch - Adil, Nahim, Ismail und Ahmet - und mit euch dem kurdischen Befreiungskampf öffentlich unsere Solidarität bekunden wollen. Während in allen Teilen Kurdistans euer Volk gegen Besetzung und Terror für die Unabhängigkeit Kurdistans kämpft, eröffnet hier der deutsche Staatsschutz und seine Justiz gegen euch eine 2. Front. Damit stellen sie sich in eine Linie mit dem mörderischen türkischen Kolonialismus.

Amilcar Cabral hat gesagt, die Aufgabe der Linken in den Metropolen bestehe darin, sich an ihrem Platz zu bewähren, indem sie gegen den Imperialimus kämpft und dem Kapitalismus seine eigentliche Grundlage entzieht. Auch wir begreifen das als unsere Aufgabe und deshalb sind wir heute hier.

Auch wenn die antiimperialistischen und antikapitalistischen Kämpfe in der BRD schwach entwickelt sind, so gibt es bei Vielen doch ein Bewußtsein über die Notwendigkeit internationalistischer Politik und ein Bewußtsein der Solidarität mit den weltweiten Befreiungskämpfen.

Wir solidarisieren uns mit euch gegen den deutschen Staatsschutz und seine Justiz, die sich anmaßen, über den Befreiungskampf anderer Völker zu richten."

Im Anschluß daran nochmal Parolen:

Hoch die internationale Solidarität!

Türkische Söldner, deutsche Gerichte, ändern nicht den Lauf der Geschichte!

Bis zur Mittagspause blieben wir im Prozeß und haben zum Abschluß nochmals die Parolen gerufen.

Die 4 Angeklagten haben sich gefreut und Adil hat uns im Namen aller geantwortet mit: "Nieder mit dem Imperialismus, nieder mit dem Kolonialismus, nieder mit dem Kapitalismus und jeglicher Reaktion!"

Unser gemeinsamer Prozeßbesuch ist entstanden aus den Diskussionen während des Golfkrieges. Weil unsere Solidarität den Menschen gilt, die schon immer am meisten unter den Interventionen imperialistischer Staaten zu leiden hatten, die oft, meist unterdrückt von den Herrschenden in ihren Ländern, für die "vitalen Interessen der USA" und der westeuropäischen Staaten geopfert werden sollen, wie jetzt die irakische Bevölkerung und das palästinensische und das kurdische Volk. Und sie gilt den Menschen, die sich dagegen auflehnen, die im Nahen Osten um Selbstbestimmung kämpfen.

Gegen diese Kämpfe versucht die BRD im eigenen Lande eine "zweite Front" aufzubauen, indem sie dazu übergeht Befreiungsbewegungen zu kriminalisieren. So führt die deutsche Justiz momentan Prozesse gegen Palästinenser (Frankfurt), Iren (Düsseldorf) und gegen KurdInnen (Düsseldorf und Celle). Dabei haben insbesondere die Prozesse gegen die KurdInnen die Funktion, Richtlinien für die Ausweitung des 129a (terroristische Vereinigung) auf ausländische Befreiungsbewegungen zu schaffen.

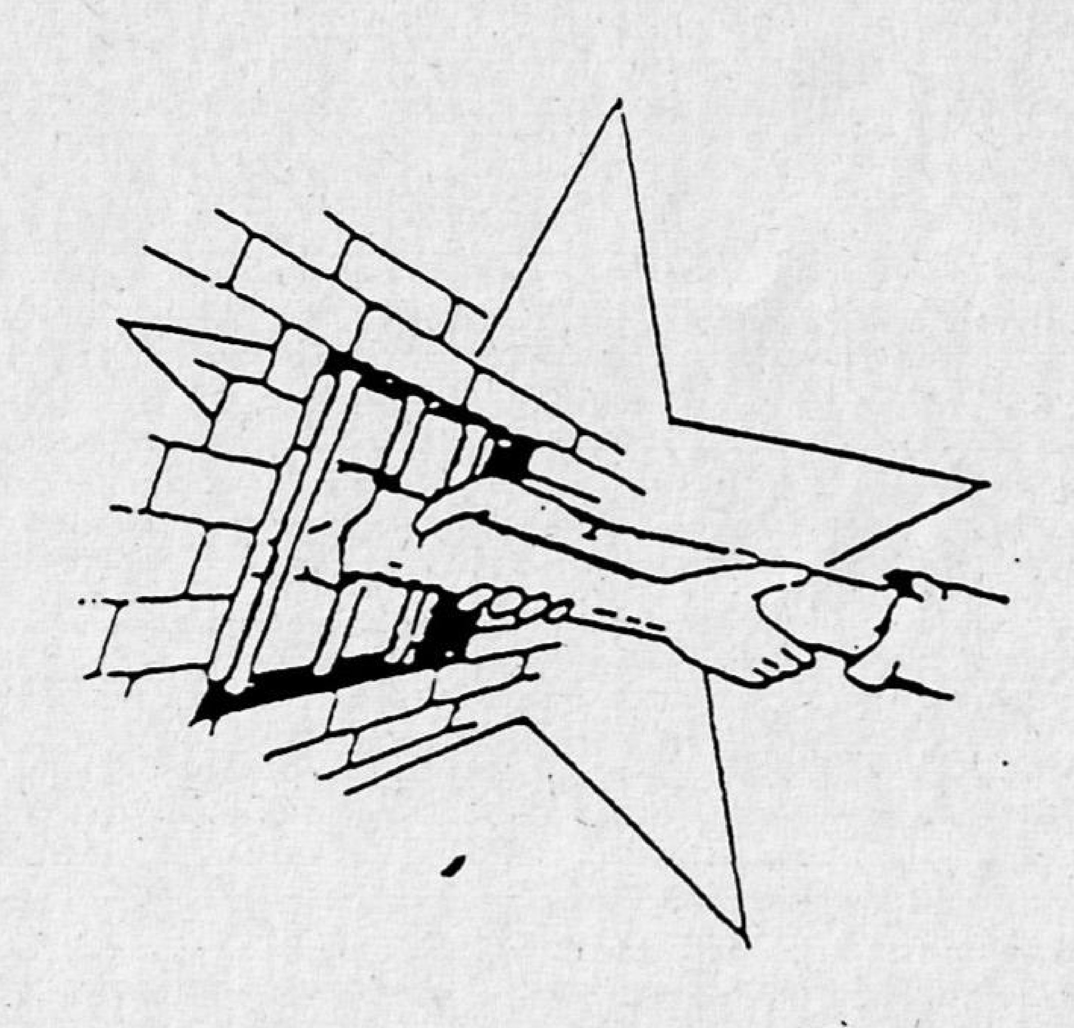
Vor dem Hintergrund, daß in Düsseldorf die Anklage mit dem Zusammenbruch des Kronzeug-
dem Zusammenbruch des Kronzeugen weitgehend zerfallen ist und der Aufmerksamkeit, die dem Völkermord und der Vertreibung der irakischen KurdInnen in den Medien gewidmet ist, war es möglich, in den Prozeßablauf einzugreifen, ohne vom Gericht, der BAW oder den Bullen daran be- oder gehindert zu werden.

Versuchen wir weiterhin, z.B. durch Besuche und Öffentlichkeitsarbeit während der Prozesse zu verhindern, daß dsie
se zu verhindern, daß die kurdische Befreiungsbewegung durch die deutsche Justiz verurteilt wird!

Hoch die internationale Solidarität!

KEINE KRIMINALISIERUNG DES IRISCHEN BEFREIUNGSKAMPFES !

Seit August 1990 läuft vor dem OLG Düsseldorf der Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough, Gefangene aus der irisch-republikanischen Bewegung. Die beiden sind seit August 1988 in U-Haft. Gleich nach ihrer Festnahme behauptete die Bundesanwaltschaft (BAW), sie wären an allen Aktionen der IRA 87 und 88 auf dem Kontinent beteiligt gewesen. Die Anklage vom Juni 89 lautete dann letztlich auf Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, unerlaubter Waffenbesitz, falsche Papiere sowie Beteiligung bei einem Anschlag auf eine Britenkaserne in Duisburg. Dabei soll auf ein verfolgendes Bullenauto geschossen worden sein, was als Mordversuch an dem deutschen Polizeibeamten in der Anklageschrift auftaucht. Gerry McGeough wird zusätzlich vorgeworfen, bei einem Anschlag auf das gemeinsame NATO- und Royal Air Force Hauptquatier beteiligt gewesen zu sein.



STAND DES PROZESSES

Der Prozeß wird als reiner Indizienprozeß geführt. Die BAW versucht durch Aneinanderreihung von Behauptungen den beiden Mitgliedschaft in der IRA und Beteiligung an den Anschlägen nachzuweisen. Mitgliedschaft in der IRA ist nicht Teil der Anklage, denn bisher ist die IRA in der BRD noch nicht als terroristische Vereinigung juristisch festgeschrieben. Unserer Einschätzung nach ist genau dies eines der wichtigsten Ziele der BAW. Denn mit der Festschreibung können nachfolgende Prozeße als 129a-Prozeße aufgebaut und geführt werden. (Die BRD hat Auslieferungsanträge für sechs IrInnen, die in Frankreich und den Niederlanden inhaftiert sind, gestellt.)
Monatelang wurden Anschläge in Belgien und den Niederlanden verhandelt, wodurch den beiden die Mitgliedschaft bewiesen werden soll. Dies soll dazu dienen, den Vorwurf der Beteiligung an den Anschlägen hier in der BRD zu untermauern. Im Moment wird der Anklagepunkt "Duisburg" verhandelt, der von Anfang an auf wackeligen Beinen stand. Einzige "Indizien" sind Nummernschilder und eine Waffe, die angeblich in Duisburg verwendet und bei der Festnahme gefunden worden sein sollen. Zum einen ist unklar, ob sie den Vorwurf des versuchten Mordes weiter aufrechterhalten können, da nach Aussage des betroffenen Polizisten möglicherweise kein gezielter Schuß auf ihn abgegeben wurde. Zum anderen beruht die Behauptung der BAW, die beiden wären an den Anschlägen beteiligt gewesen, allein auf der Annahme, daß IRA-Einheiten immer dieselben Waffen benutzen würden bzw. nur eine Einheit Zugang zu "ihren" Waffen hätte. Im November nun hat ein hoher nordirischer Bulle von der RUC- als Zeuge der BAW geladen- aussgesagt, daß die Einheiten auch Waffen untereinander tauschen würden. So könnte eine entscheidende Beweiskette der BAW zusammenbrechen.
Sowie der Prozeß bisher verlaufen ist, sieht es zwar so aus, als würde an einigen Punkten Teile des Konstruktes zusammenfallen. Aber dennoch gibt es die Erfahrung, daß Gerichte hier in der BRD auch bei solchen öffensichtlichen Zu---sammenbrüchen der Anklage eine hohe Verurteilung durchzihen.
Die Auslieferungsanträge von Britannien und den USA sind Ziel, die beiden möglichst lange einzuknasten, falls der Prozeß nicht das von der BAW gewünschte erreicht.

ZUR GESCHICHTE DER AUSLIEFERUNGS-ANTRÄGE

Kurz nach der Verhaftung wurden die beiden zu "Top-Terroristen der IRA" auf dem Kontinent aufgebaut. Bald stellte sich heraus, daß die Anklage nicht so umfangreich wie behauptet sein würde. Gerry Hanratty wird "nur" Duisburg und unerlaubter Waffenbesitz vorgeworfen.
Erst ein dreiviertel Jahr nach der Verhaftung, im Februar 89, kam ein Auslieferungsantrag von Britannien. Die Begründung für den Auslieferungsantrag nach Nordirland ist, daß dort ein Haftbefehl gegen ihn offen sein soll. 1984 wurde Gerry Hanratty in Belfast verhaftet, weil er angeblich an einer Aktion beteiligt gewesen sein soll. 1985 ist gegen Kaution freigekommen, weil dem Richter die Beweise zu dünn waren. Er erschien nicht zum Prozeß lebte aber legal in der Republik Irland. Insgesamt dreimal ist er von der südirischen Polizei überprüft worden, aber nie lag ein Aus-



lieferungsgesuch der Briten gegen ihn vor. Erst als er hier verhaftet wurde und sich herausstellte, daß die Beweislage gegen ihn möglicherweise nicht ausreicht um ihn hier für lange wegzuknasten, tauchte der Auslieferungsantrag der Briten auf. Das Gesuch wird vor dem OLG München verhandelt und ist bis heute offiziell nicht entschieden. Die Vorwürfe und Ermittlungsergebnisse aus den Verfahren hier hätten einen wesentlichen Einfluß auf das Verfahren gegen Gerry im Nordosten Irlands.

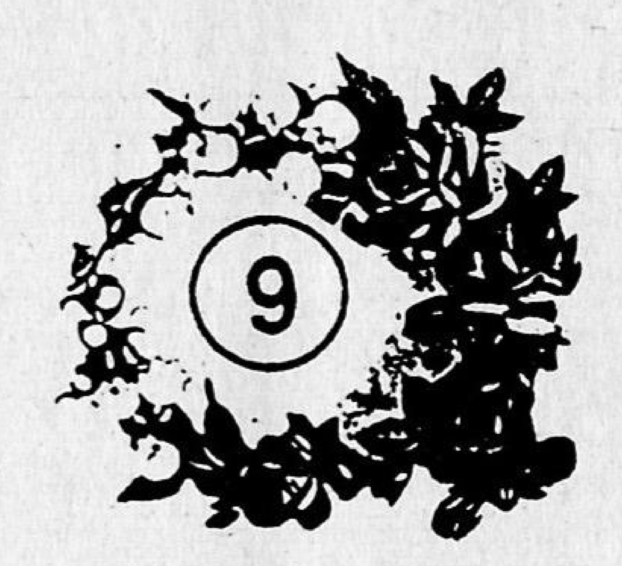
Die Behörden in den USA behaupteten gleich nach der Festnahme der beiden, daß in den USA gegen Gerry McGeough ein Haftbefehl vorliegen würde, der sich auf einen Vorwurf aus dem Jahre 1982 wegen Waffenhandels für die IRA bezieht. 1983 waren in den USA vier Männer wegen desselben Vorwurfs zu Strafen zwischen 2 und 7 Jahren verurteilt worden. Bis November 90 zeigten die USA nach aussen kein Interesse an einer Auslieferung. Erst dann wurde offiziell ein Auslieferungsantrag angekündigt, der in den nächsten Monaten erwartet wird.
Auch bei Gerry Mc. kommt der Auslieferungsantrag an einem Punkt wo deutlich wird, daß die Entwicklung des Verfahrens möglicherweise nicht nach den Vorstellungen der BAW verläuft.
Hier wird deutlich in welchem Ausmaß und welcher Genauigkeit eine internationale Zusammenarbeit praktiziert wird. Sofort nach der Festnahme der beiden Gerry´s waren britische, niederländische und belgische Bullen in der BRD um die beiden zu vernehmen und Ermittlungsergebnisse auszutauschen. Auch us-amerikanische Sicherheitskräfte beteiligten sich an den Ermittlungen (Irish Times und Independent vom 2.9.88). Aussagen von Ermittlungsbeamten im Prozeß bestätigten dies ebenfalls - siehe Prozeßprotokolle.

Allen gemeinsam war und ist das Interesse Gerry McGeough und Gerry Hanratty für lange Zeit einzuknasten. Egal wo, um damit den irisch-republikanischen Befreiungskampf international anzugreifen und als terroristisch zu diffamieren. In dieser Zusammenarbeit gibt es immer noch starke Eigeninteressen :
Für die BRD steht im Vordergrund im Rahmen europaweiter Aufstandsbekämpfung des "Projekts Europa" von hier aus internationale Befreiungskämpfe und Widerstandsbewegungen zu kriminalisieren: d.h., daß in dem laufenden Prozeß die beiden Gerry´s stellvertretend für den irischen Befreiungskampf verurteilt werden sollen.
Das Vernichtungsinteresse des britischen Establischments an der republikanischen Bewegung ist eindeutig, ein Sieg der Bewegung würde die Herrschaftsverhältnisse auch innerhalb Britanniens in Frage stellen. Die verbrecherische Politik der Briten im Nordosten Irlands würde öffentlich werden, zudem würde ein Gebiet zur Erprobung neuer Aufstandsbekämpfungsmethoden von dem nicht nur die Briten profitieren, verloren gehen.



Für uns, den Irland-Soli-Gruppen, stehen die drohenden Auslieferungen nicht allein da. Sie sind die Fortsetzung des Angriffs auf die irisch republikanische Bewegung. Daß beide Auslieferungsanträge genau dann gestellt werden, wenn sich abzuzeichnen scheint, daß die BAW nicht den gewünschten Erfolg erzielt- bei Gerry Hanratty schon bei der Anklageerhebung, bei Gerry McGeough jetzt im Verfahren- macht die Willkürlichkeit und das Konstrukt deutlich. Auch wird das Ausmaß der internationalen Koordination der Aufstandsbekämpfung offensichtlich, angefangen bei dem sofortigen Zusammensetzen nach der Verhaftung bis zur Konstruktion von Vorwürfen für die Auslieferungen.
Der Prozeß bekommt ebenfalls große Bedeutung dadurch, daß dies der erste Prozeß gegen irische Republikaner in der BRD ist. Die Gefahr der juristischen Festschreibung der IRA als terroristische Vereinigung für spätere Prozesse- die Auslieferung dreier Irischer Gefangener aus den Niederlanden in die BRD könnte in nächster Zeit erfolgen, siehe Kasten- hatten wir bereits beschrieben.
Der Prozeß und die Auslieferungen sind auch Teil des Krieges dessen Ursachen die Teilung Irlands und die britische Besetzung sind.







Seit 1987 führt die IRA verstärkt Aktionen gegen militärische Einrichtungen der britischen Armee auf dem europäischen Kontinent durch. Diese Kampagne ist genauso ein Teil des Befreiungskampfes wie die Angriffe in England selbst. Um dies international als "rein nordirisches Terrorismusproblem" darzustellen, versucht die britische Regierung seit Jahren den Krieg auf den britisch besetzten Teil Irlands zu begrenzen. Durch die Angriffe der IRA aißerhalb des Nordosten Irlands soll erreicht werden, daß es für die - britische Regierung und ihre Armee nirgendwo ein sicheres Hinterland gibt. Einheiten der Rheinarmee werden in regelmäßigen Abständen für drei mOnate in den besetzten Gebieten eingesetzt, um danach wieder für ein halbes Jahr hier in die bRD verlegt zu werden. Die BRDwar für die Briten lange sicheres Erholungsgebiet. Angehörige der Rheinarmee werden hier für ihren Einsatz im Nordosten Irlands ausgebildet.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT ERKÄMPFEN !

Gerade die geplanten Auslieferungen von Gerry Hanratty und Gerry Mc-Geough haben für uns als Soli-Gruppen eine schwerwiegende Bedeutung. Der langsam entwickelte Kontakt zwischen uns und den Gerry´s wird sicherlich erheblich darunter leiden, wenn die beiden nach Nordirland bzw. in die USA ausgeliefert würden. Für uns und die Gerry´s waren die bisherigen Diskussionen und Erfahrungen niteinander etwas neues, es hat sich darin ein Kennenlernen und ein Verstehen entwickelt, wo für uns Solidarität und Internationalismus nicht mehr abstrakt blieben. Im Gegenteil, durch die Diskussion an konkteten Fragen vielerlei Art (Isolationshaft hier, wie schaffen wir Öffent-

In der niederländischen Stadt Roermond war am 20.2.1991 der Prozeß gegen vier mutmaßliche Mitglieder der Irish Republican Army (IRA) eröffnet worden. Sie sollen laut Anklage im Mai 1990 zwei australische Touristen erschossen haben, die sie für britische Soldaten gehalten haben. Die Anklage gegen Gerald Harte, Sean Hick, Donna McGuire und Paul Hughes lautete auf Mord bzw. Beihilfe zum Mord und Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung IRA (The Times, 18.2.1991).

Der Prozeß fand in einer Stimmung der Vorverurteilung statt, die von unabhängigen Beobachtern als „Sicherheitshysterie" beschrieben wird (vgl TAZ, 21.2.1991).

Die Klage der Angeklagten gegen ihre unmenschlichen Haft- und Transportbedingungen wies ein anderes niederländisches Gericht schon vor Prozeßbeginn zurück. Auf dem Weg zwischen Gefängnis und Gericht mußten die Angeklagten im Gefangenentransporter eine Augenbinde tragen, während dieser mit halsbrecherischer Geschwindigkeit durch eine von hunderten Polizisten lückenlos abgeriegelte Kleinstadt rast.

Die BRD hatte für die Angeklagten Auslieferungsanträge gestellt, weil sie an zwei Attentaten auf Soldaten der britischen Rheinarmee in der BRD beteiligt gewesen sein sollen. Die niederländische Justiz hat den Auslieferungen zugestimmt.

Am 2.4. wrden 3 der 4 mutmaßlichen IRA-Aktivisten, gegen die die Staatsanwaltschaft 20 Jahre Haft beantragt hatte, aus Mangel an Beweisen frei gesprochen. Der vierte Angeklagte, der 27jährige Gerard Harte, wurde des Mordes für schuldig befunden und zu 18 Jahren Knast verurteilt.

Obwohl die drei Freigesprochenen von einem "großen Tag" sprachen und auch ihre Anwälte sich sehr befriedigt äußerten, werden sie nicht aus der Untersuchungshaft entlassen.

Sie müssen solange in Haft bleiben, bis der höchste niederländische Gerichtshof, der Hoge Raad, über ihren Widerspruch gegen ihre Auslieferung an die BRD entschieden hat.

Die Tatsache, daß ausschließlich Gerard Harre schuldig gesprochen wurde, hat in den Niederlanden für große Überraschung gesorgt. Harte ist der einzige, gegen den die deutschen Behörden keinen Auslieferungsantrag gestellt hatten, somit der einzige, der im Falle eines Freispruches auf freien Fuß gesetzt worden wäre. Die Verurteilung der drei anderen in der BRD scheint schon ausgemachte Sache zu sein.

lichkeit zu dem Prozeß und Solidarität mit den Gerrys, wie weit ist der Widerstand hier entwickelt und verankert, welche Bedeutung hat darin internationale Solidarität; und natürlich viele Aspekte des Kampfes in Irland: Frauenbewegung, Nationalismus, Knastkämpfe) haben wir einen genaueren Einblick in die Situation im Norden Irlands. Und wir wollen, daß der Austausch und die Diskussionen mit den Gerry's durch Briefe und vor allem durch Besuche (und am liebsten draußen) weiter gehen. Denn erst die tiefere und kontinuierliche Auseinandersetzung wird es uns ermöglichen, uns ins Verhältnis zu setzen zu dem, wie dort der Krieg und der Widerstand abläuft,, auch mit unseren Widersprüchen darin.

Die geplanten Auslieferungen sollen genau in diese Entwicklung einen Schnitt machen bzw. diese Entwicklung stark behindern.
Somit begreifen wir die Auslieferungen - genauso wie die Prozesse - als Teil des Krieges in Irland und auch als Teil des Krieges hier. Sie richten sich gegen den irischen Befreiungskampf, genauso wie gegen internationale Solidarität von hier. Die Auslieferungen richten sich insgesamt gegen eine internationale Diskussion, wie sich gegen Unterdrückung auf der ganzen Erde Widerstand entwickeln kann.

Für uns ist die Auseinandersetzung mit dem irischen Befreiungskampf wichtig. Grundsätzlich sind wir solidarisch mit einem Volk, das von einem imperialistischen Staat wie Britannien unterdrückt und militärisch besetzt wird. Wichtig ist für uns aber auch, uns genauer damit auseinanderzusetzen, wie die Menschen dort gegen die Unterdrückung kämpfen, mit welchen Motivationen, mit welchen Zielen und Strategien. Wichtig deshalb, weil wir daraus lernen wollen für den Kampf hier und in einer gleichberechtugten Diskussion mit Menschen aus der irisch-republikanischen Bewegung neue Ansätze und Perspektiven für einen internationalistischen Kampf entwickeln wollen.
Darum wollen wir den Auslieferungen entgegenarbeiten, um es den Gerichten und den politisch Verantwortlichen möglichst schwer zu machen, die beiden einfach abzuschieben und anderen Justizen einfach austzliefern. Das gleiche gilt für uns auch bei den IrInnen in den Niederlanden und in Frankreich, die an die BRD-Gerichte ausgeliefert werden sollen. UNTERSTÜTZT UNS DABEI !

KEINE AUSLIEFERUNG DER BEIDEN GERRY`S !
FREILASSUNG DER BEIDEN !
KEINE AUSLIEFERUNG DER DREI AUS DEN NIEDERLANDEN AN DIE BRD !
KEINE KRIMINALISIERUNG DES IRISCHEN BEFREIUNGSKAMPFES !
FÜR EIN VEREINTES SOZIALISTISCHES IRLAND !

Die beiden Gerrys freuen sich immer über Post. Schreibt den beiden auf Englisch:
Gerry McGeough Gerry Hanratty
beide über 6. SS OLG Düsseldorf
Cecillienallee 3
4000 Düsseldorf
Man/Frau kann beiden unbegrenzt Briefmarken reinschicken und bei ihrem Postaufkommen ist dies auch bitter nötig.

DIE NÄCHSTEN PROZEßTERMINE :

2./3./10./16./23./31. Mai
6./13./20./21./27. Juni
4./5./11./18./19./25./ Juli

jeweils um 9.15 Uhr im Prozeßbunker in der Tannenstr. in Düsseldorf. Wenn Interesse besteht findet anschließend Prozeßcafé statt.

SPENDEN BITTE AUF DAS KONTO DER BUNTEN HILFE GIEßEN, RAs EGLER UND BECKER, WETZLAR, BANK FÜR GEMEINWIRTSCHAFT, BLZ 513 101 11, KTO.-NR. 1079919701, STICHWORT " IRLAND PROZESS"



herausgebende Gruppen: Irland Gruppe Hamburg
Irland Solidarität Westberlin
Irland Gruppe Göttingen
Irland Gruppe Bielefeld
Irland Solidarität Gießen
Nord Irland Gruppe Freiburg
Irland Gruppe Dortmund
Irland Gruppe Ostberlin

v.i.S.d.P.: H. Ukvers, Coburg

Von Sozialismus und Demokratie - Antonio Gramsci

Folgender Text ist zwar aus einer PDS-Broschüre geklaut und um die Einleitung und die Abschnitte über sein Parteiverständnis gekürzt, aber er gibt einen gut lesbaren ersten Einblick in Leben und Werk von Antonio Gramsci.
Und etwas gegen den Strich gelesen und auf unsere Verhältnisse übertragen, geben uns seine Gedanken sehr wertvolle Anregungen für die laufende - nur noch viel zu wenig entwickelte - Diskussion über das "wie weiter?" als autonome Bewegung.
Ein kleiner Hinweis noch: das Wort "Manöverkrieg" (einer der zentralen Begriffe) wäre besser mit "Bewegungskrieg" übersetzt worden.

Zur Person

Gramsci gehörte zu den Gründern der Kommunistischen Partei Italiens (seit 1943 Italienische Kommunistische Partei) und war lange Jahre ihr politisch und geistig führender Kopf. Er gab dieser Partei von Anfang an ein Profil, ohne das die Entwicklung der heutigen IKP nicht zu verstehen ist. Geboren wurde Gramsci am 22. Januar 1891, also vor etwa 100 Jahren, in Ales auf Sardinien. Sein Vater war ein kleiner Staatsangestellter. Die Familie lebte mit ihren 7 Kindern in sehr bescheidenen Verhältnissen. Im Kindesalter von 11/12 Jahren mußte er mit harter körperlicher Arbeit die Familie finanziell unterstützen, da sein Vater wegen gewisser Unregelmäßigkeiten in seiner Amtstätigkeit eine Haftstrafe verbüßen mußte. Seine physische Entwicklung und Konstitution war überschattet von einer körperlichen Deformierung (Rückgratverkrümmung), die er sich als Kleinkind infolge eines Sturzes zugezogen hatte. Neben den sozialen Lebensumständen, der Intelligenz und dem Fleiß war es besonders seine Zähigkeit und Zielstrebigkeit, die ihn antrieben, aus seinem sozialen Milieu herauszuwachsen. Bei großen materiellen Entbehrungen ermöglichte ihm seine Familie eine Gymnasialbildung, die seine intellektuellen Fähigkeiten auf vorbildliche Weise ausprägte. Bereits in diesen Jahren sammelte er die ersten politischen Erfahrungen, und zwar unter dem Einfluß eines seiner Lehrer, der als Herausgeber einer örtlichen Zeitung erste Artikel Gramscis veröffentlichte, und unter dem Einfluß seines älteren Bruders Gennaro, der ihn in die Kreise der örtlichen Organisation der Sozialistischen Partei einführte. Gramsci begann, unter anderem Schriften von Karl Marx zu lesen. In einem Wettbewerb um das Anrecht auf ein Hochschulstudium erwies sich Gramsci 1911 erfolgreich, so daß er noch im gleichen Jahr in Turin die Universität besuchen konnte. Neben seinen intensiven Studien der Literaturwissenschaft, Geschichte und Philosophie betätigte er sich politisch in der Turiner Sektion der Sozialistischen Partei, wo er Palmiro Togliatti und andere Kommilitonen kennenlernte, mit denen er später zum Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens wurde. In der Zeitung dieser Sektion mit dem Titel „Ruf des Volkes" veröffentlichte Gramsci seit 1914 regelmäßig Beiträge. Nachdem er 1915 seine Universitätsstudien beendet hatte, verblieb er in Turin und widmete sich ganz der journalistischen Tätigkeit, u. a. auch in der Sozialistischen Tageszeitung „Avanti!".

Das Jahr 17

Das Jahr 1917 brachte für seine politische Entwicklung weitere Entscheidungen. Er wurde zum Sekretär der Turiner Sektion der Sozialistischen Partei gewählt und damit zugleich Direktor der Zeitung „Ruf des Volkes". Zwei Vorgänge zwangen ihn zur Parteinahme, die seine revolutionäre Grundhaltung weiter ausprägten: Das Scheitern der II. Internationale angesichts der Konsequenzen für die Arbeiterbewegung während des 1. Weltkrieges sowie die revolutionären Ereignisse in Rußland und die mit ihnen verbundenen Ideen Lenins. Gramsci fühlte sich berufen, Theorie und Politik der Arbeiterbewegung unter den neuen Bedingungen neu zu bestimmen und die Partei für eine neue revolutionäre Orientierung zu gewinnen. Ausdruck fand sein Anliegen in der politisch-organisatorischen Arbeit und in der journalistisch-propagandistischen Aktivität, von der eine Vielzahl von Artikeln Zeugnis ablegt. Sein Engagement in den revolutionären Nachkriegsereignissen 1919/1920 in Italien veranlaßten ihn – damals noch immer Funktionär der Sozialistischen Partei –, zusammen mit seinen Mitstreitern eine eigene Zeitschrift „L' Ordine Nuovo" („Die neue Ordnung. Wochenzeitschrift für sozialistische Kultur") zu begründen, die erstmals am 1. Mai 1919 in Turin erschien.

Sein Bemühen, die herannahende Spaltung der Sozialistischen Partei in Reformisten und Revolutionäre zu verhindern, hatte keinen Erfolg. Besonders 1920 im Zusammenhang mit einer großen Fabrikrätebewegung, die zu Betriebsbesetzungen führte, und mit einem Generalstreik der Industriearbeiter Oberitaliens verstärkte sich die kritische Haltung Gramscis zur sozialistischen Parteiführung wegen deren Un-

tätigkeit und Orientierungslosigkeit. Unter seiner Leitung arbeitete die Turiner Sektion der Sozialistischen Partei 1920 ein Dokument „Für eine Erneuerung der Sozialistischen Partei" aus, das in Moskau im Juli/August 1920 auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale vorgelegt und von Lenin als mit den Grundprinzipien der Komintern übereinstimmend eingeschätzt wurde.[3]

Gründung der KP Italiens

Die Situation in der Sozialistischen Partei Italiens spitzte sich auf dem Parteitag im Januar 1921 so zu, daß die prokommunistischen Fraktionen auszogen und arn 21. Januar die Kommunistische Partei Italiens gründeten. Führer der neuen Partei wurde Amadeo Bordiga, ein Ingenieur aus Neapel, der bereits am II. Kongreß der Komintern in Moskau teilgenommen hatte. Gramsci wurde Mitglied des Zentralkomitees. Vom Mai 1922 bis zum Herbst 1923 hatte Gramsci den Auftrag seiner Partei, sie beim Exekutivkomitee der Komintern in Moskau zu vertreten. Bis zum Mai 1924 lebte und arbeitete er sodann in Wien, siedelte nach Rom über, nachdem er im April 1924 zum Abgeordneten des italienischen Parlaments gewählt worden war. Gramsci übernahm in dieser Zeit auch die Führung der Partei, nachdem er sich mit seinen Auffassungen gegen die sektiererischen Positionen Bordigas durchgesetzt hatte. Bordiga lehnte parlamentarische Arbeit der Patei ab, betrachtete die Partei als eine auserwählte revolutionäre Elite (nicht als eine demokratisch verfaßte Massenpartei) und identifizierte bürgerliche Demokratie und Faschismus. Gerade die Situation infolge des Sieges des Faschismus in Italien (zwischen 1922 und 1926), infolge der durch die Oktoberrevolution vermittelten Lehren und die veränderten Kampfbedingungen, infolge der Stabilisierung des Kapitalismus zwang damals nach Lenins Tod die Arbeiterbewegung, Therorie und Politik zu überprüfen und mit den neuen Anforderungen in Übereinstimmung zu bringen.

Wenig Resonanz

Gramsci widmete sich dieser Aufgabe mit seinen theoretischen Arbeiten, blieb aber in gewissem Sinne Einzelkämpfer, da sich die jungen kommunistischen Parteien als unzureichend dialogfähig und unzureichend aufgeschlossen erwiesen. Gramscis Auffassungen, die damals wenig Resonanz fanden, wurden überlagert von der dogmatischen Interpretation des Marxismus, wie sie Stalin vornahm, die auf Jahrzehnte hinaus in Gestalt des Marxismus-Leninismus stalinscher Prägung die kommunistische Bewegung hinderte, auf schöpferische Weise (wie es Gramsci versuchte) über Marx und Lenin hinauszugehen und Fragen theoretisch, strategisch und politisch zu beantworten, die jene nicht voraussehen konnten bzw. die sich neu stellten. Ein bemerkenswertes Dokument sind die unter Gramscis Leitung ausgearbeiteten Thesen für den III. Parteitag der KPI „Die Lage in Italien und die Aufgaben der KPI", der im Januar 1926 in Lyon (Frankreich) stattfand.[4]



In Mussolinis Kerkern

Im Jahre 1926 festigte der italienische Faschismus unter der Führerschaft Benito Mussolinis seine Herrschaft und schaltete durch Sondergesetze die demokratische und Arbeiterbewegung aus. Gramsci wurde unter Bruch seiner Abgeordnetenimmunität am 8. November 1926 verhaftet, Mitte 1928 zu langjähriger Kerkerhaft verurteilt. Isoliert vom politischen und geistigen Leben seiner Zeit hat er eine immense Arbeit geleistet, indem er seine Gedanken in Form von Tagebücher niederschrieb, die etwa 3 000 Seiten umfassen.[5] Diese Gefängnishefte sind eine wahre Fundgrube schöpferischen, philosophischen, historischen, revolutionstheoretischen Denkens, die bis heute nicht gänzlich erschlossen ist. Die Kerkerhaft, gegen deren Unmenschlichkeit er standhaft ankämpfte, ruinierte Schritt für Schritt seine Gesundheit in physischer und psychischer Hinsicht. Von diesem Ringen um menschliche Würde unter unmenschlichen Bedingungen, um intellektuelles Engagement trotz Abgeschiedenheit zeugen Hunderte von Briefen, die Gramsci aus den verschiedenen Zuchthäusern und Verbannungsorten an seine Angehörigen und Freunde schickte.[6]

Am 27. April 1937 verstarb Antonio Gramsci an den Folgen der Kerkerhaft in einer römischen Klinik.

Auffassungen Gramscis, die uns im Erneuerungsprozeß helfen können



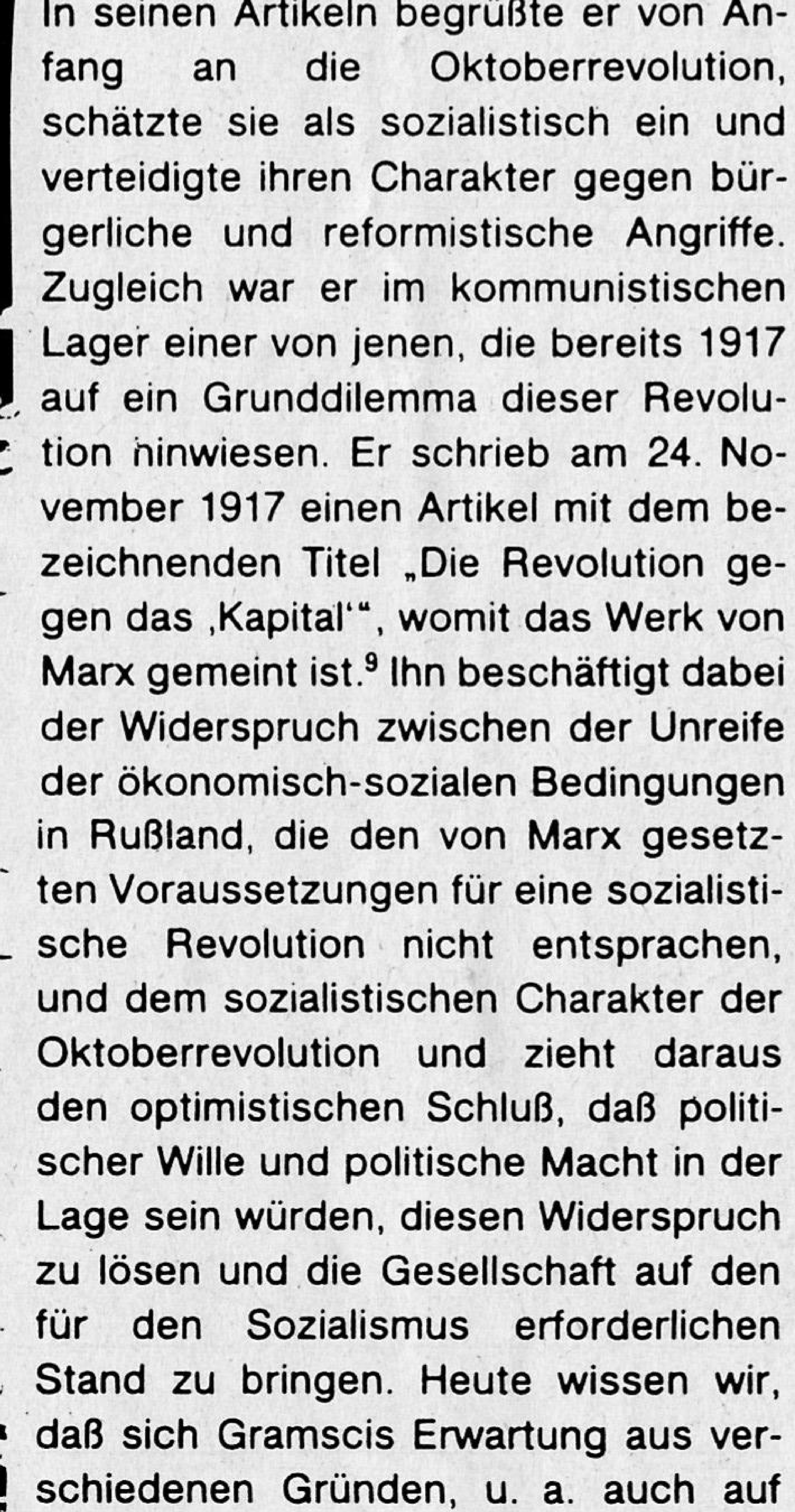
1. Hat Gramsci den Marxismus weiterentwickelt?



Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin hatten keine geschlossene Gesellschaftstheorie ausgearbeitet, in der die Verflechtung ökonomischer, sozialer, politischer, kultureller Beziehungen in deren Gesamtheit und integraler Funktionsweise erläutert worden wäre. Besonders Lenin hatte in seiner Weiterentwicklung des Marxismus im Hinblick auf Vorbereitung und Durchführung der Revolution die Machtfrage in den Mittelpunkt seiner Gesellschaftsanalyse gestellt und sie im wesentlichen auf die Eroberung der Staatsgewalt reduziert. Als die europäische Arbeiterbewegung zeitlichen Abstand zur Oktoberrevolution gewann und besonders im Westen Revolutionen nach dem 1. Weltkrieg nicht erfolgreich waren bzw. überhaupt nicht stattfanden, bemühte sich besonders Antonio Gramsci, eine verengte Sicht des Zusammenhangs von Gesellschaft, Macht, Revolution und Sozialismus zu überwinden. Hierin liegen vermutlich seine größten theoretischen Leistungen.

Gramsci knüpfte an die Unterscheidung von „ziviler" („bürgerlicher") und „politischer" Gesellschaft an, die zur Zeit der europäischen Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert vorgenommen wurde, so z. B. von dem englischen Philosophen John Locke (1632–1704)[7], und die auch bei G. W. F. Hegel und Karl Marx[8] eine Rolle spielte. (Marx gebrauchte den Ausdruck „bürgerliche Gesellschaft")

Beschränken wir uns hier auf die Interpretation Gramscis: Die „politische Gesellschaft" umfaßt nach seiner Auffassung die staatlich-institutionellen Organisationsformen der Macht, im wesentlichen also die institutionelle Komponente des Überbaus; die „zivile Gesellschaft" hingegen, auf die sich letztlich die politische stützt bzw. mit der sie in Konflikt geraten kann, umfaßt die ökonomischen und sozialen Beziehungen, die Basis einer Gesellschaft, die nichtstaatlichen gesellschaftlichen Organisationsformen, die ideologischen, kulturellen und anderen Komponenten des Überbaus, das System der Moral und der Werte. Beide Kategorien bilden natürlich in der Praxis eine Einheit mit unterschiedlichen Funktionen. Diese wiederum sind in den verschiedenen Ländern unterschiedlich ausgeprägt, was jeweils zu ermitteln ist. Deutlich wird dies, wenn man Gramscis Analyse und Einschätzung der Oktoberrevolution in Betracht zieht.



2. Gramscis Verhältnis zur Oktoberrevolution

In seinen Artikeln begrüßte er von Anfang an die Oktoberrevolution, schätzte sie als sozialistisch ein und verteidigte ihren Charakter gegen bürgerliche und reformistische Angriffe. Zugleich war er im kommunistischen Lager einer von jenen, die bereits 1917 auf ein Grunddilemma dieser Revolution hinwiesen. Er schrieb am 24. November 1917 einen Artikel mit dem bezeichnenden Titel „Die Revolution gegen das ‚Kapital'", womit das Werk von Marx gemeint ist.[9] Ihn beschäftigt dabei der Widerspruch zwischen der Unreife der ökonomisch-sozialen Bedingungen in Rußland, die den von Marx gesetzten Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution nicht entsprachen, und dem sozialistischen Charakter der Oktoberrevolution und zieht daraus den optimistischen Schluß, daß politischer Wille und politische Macht in der Lage sein würden, diesen Widerspruch zu lösen und die Gesellschaft auf den für den Sozialismus erforderlichen Stand zu bringen. Heute wissen wir, daß sich Gramscis Erwartung aus verschiedenen Gründen, u. a. auch auf Grund der stalinschen Strategie und des stalinschen Sozialismusmodells nicht erfüllte und der „reale Sozialismus" als praktiziertes Gesellschaftsmodell schließlich an diesem Widerspruch, der zugleich einen ständigen sozial-ökonomischen Rückstand gegenüber den kapitalistischen Ländern einschloß, scheiterte. In positiver Hinsicht ist hervorzuheben, daß Gramsci in diesem Zusammenhang die damals im Marxismus-Verständnis verbreitete ökonomisch-deterministische Denkweise überwand, nach der alles, was in der Politik geschieht, unmittelbar ökonomisch verursacht sein müsse und die die aktive, gesellschaftsgestaltende Rolle der Politik gegenüber der Ökonomie de facto in Abrede stellte oder zumindest unterschätzte.

Gramsci hob eine weitere Besonderheit der Oktoberrevolution gegenüber den möglichen und notwendigen revolutionären Strategien in westlichen, demokratischen Ländern unter dem Gesichtswinkel des Verhältnisses von „ziviler" und „politischer" Gesellschaft hervor, eine Besonderheit, die leider in Theorie und Praxis kommunistischer Parteien fast gänzlich mißachtet wurde. Auf diese Weise kam Gramsci zu einem anderen, eigenen Revolutionsverständnis, das sich von dem unterschied, wie es von Lenin und den Bolschewiki praktiziert wurde.

„Manöverkrieg“ und „Stellungskrieg“

Gramsci gebraucht in diesem Zusammenhang die Begriffe „Manöverkrieg“ und versteht darunter die offensive Eroberung der Macht (der „politischen Gesellschaft“) und „Stellungskrieg“, der auf eine schrittweise, revolutionäre Transformation der „zivilen Gesellschaft“ hinausläuft. Lenin hätte nach Gramscis Auffassung verstanden, daß „eine Veränderung vom Manöverkrieg, der 1917 im Osten siegreich angewandt wurde, zum Stellungskrieg, der im Westen der einzig mögliche ist, notwendig“ sei, aber nicht mehr die Zeit gehabt, sein Konzept zu vertiefen.[10]

Deshalb wäre dies für Lenin auch nur ein theoretisches Problem gewesen, „während die grundlegende Aufgabe eine nationale war, d. h. das Erkennen des Terrains und die Feststellung der Elemente von Schützengräben und Befestigungen erforderte, die in Gestalt der zivilen Gesellschaft etc. existierten“.[11]

Gramsci wandte sich de facto gleichermaßen gegen das Konzept Trotzkis von der permanenten Revolution wie gegen das Konzept von der Revolution als einem einmaligen offensiven Akt der Eroberung der Staatsgewalt („Manöverkrieg“) und plädierte für den Weg, der über die politische Auseinandersetzung innerhalb der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft führt und nichts anderes ist als eine von innen heraus bewirkte Transformation der gesamten zivilen Gesellschaft („Stellungskrieg“ bzw. „Positionskrieg“). Gramsci schreibt weiter: „Im Osten war der Staat alles, die zivile Gesellschaft war nicht ausgeprägt und war formlos; im Westen bestand zwischen dem Staat und der zivilen Gesellschaft ein richtiges Verhältnis, und bei der Erschütterung des Staates offenbarte sich sofort eine robuste Struktur der zivilen Gesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter dem sich eine robuste Kette von Befestigungen und Kasematten verbarg ...“[12] Gramscis Überlegungen enthalten vielfältige theoretische und strategische Aspekte und sind heute nicht weniger relevant als damals. Seiner Meinung nach reichte es in Rußland, die Staatsmacht zu erobern, um die Gesellschaft zu beherrschen; im Westen hingegen kommt man zum Sozialismus nur, wenn man die zivile Gesellschaft erobert. Die Eroberung der Staatsmacht reicht dazu nicht aus. Gramsci hatte die sozialistische Orientierung der Oktoberrevolution bekanntlich befürwortet. Doch folgt man seinen Überlegungen, so hätte die dauerhafte Stabilität der aus der Oktoberrevolution hervorgegangenen gesellschaftlichen Ordnung den Ausbau der zivilen Gesellschaft erfordert, was bedeutet hätte, diese Stabilität nicht allein bzw. nicht vorrangig auf die Dauer auf die staatliche Gewalt zu gründen, wie das tatsächlich geschah. Wenn wir aus heutiger Sicht, aus den Erfahrungen des Zusammenbruchs der Gesellschaften des „realen Sozialismus“ die Situation beurteilen, müssen wir – in Übereinstimmung mit den Überlegungen Gramscis – feststellen, daß zu den entscheidenden Ursachen dieses Zusammenbruchs eben die völlige Mißachtung der Funktion der zivilen Gesellschaft, die Verabsolutierung der Staatsgewalt gehört. Der Zusammen-



bruch der Staatsgewalt, insbesondere ihrer exekutiven Organe, die sich auf das Machtmonopol einer Partei gründeten, zog sofort den Zusammenbruch der ganzen gesellschaftlichen Ordnung, den Verlust ihrer inneren Stabilität nach sich, weil jene „Befestigungen“ hinter den „vorgeschobenen Schützengräben“, die es auch in einer sozialistischen Gesellschaft geben muß, fehlten bzw. nicht funktionsfähig waren. Mehr noch: große Teile der „zivilen Gesellschaft“ hatten sich verselbständigt, sich gegen die bestehenden Machtstrukturen gerichtet und diese völlig paralysiert.

3. Gramscis Hegemonie-Konzept

Das Verhältnis von „ziviler Gesellschaft“ und „politischer Gesellschaft“ oder mit anderen Worten das Verhältnis von Gesellschaft und Staat bildet in der Gesellschaftstheorie Gramscis die eine Achse, das Konzept der Hegemonie eine andere. Hegemonie war für ihn nicht nur eine Kategorie der Revolutionstheorie, sondern eine allgemein historische Kategorie des historischen Materialismus überhaupt. Er untersuchte die Hegemonie-Problematik zunächst am Prozeß der nationalen Einigung Italiens im 19. Jahrhundert. Gramsci überwand die von der damaligen marxistisch-leninistischen Theorie postulierte vereinfachte Gleichsetzung von Hegemonie, Macht, Herrschaft, Führungsrolle der Partei und entwarf entsprechend den tatsächlichen historischen Erfahrungen und den künftigen Erfordernissen sozialistischer Praxis ein differenziertes Bild der Machtausübung. Seine Auffassungen kommen in folgendem Zitat am deutlichsten zum Ausdruck: „Das methodologische Kriterium, auf das man die eigentliche Prüfung gründen muß, ist folgendes: das Supremat einer sozialen Gruppe stellt sich auf zweierlei Art dar, als ‚Herrschaft‘ und als ‚geistige und moralische Führung‘! Eine soziale Gruppe ist herrschend gegenüber gegnerischer Gruppen, die sie selbt mit bewaffneter Gewalt zu ‚liquidieren‘ oder zu unterwerfen sucht, und sie ist führend gegenüber benachbarten und verbündeten Gruppen. Eine soziale Gruppe kann, ja muß führend sein, bevor sie die Regierungsmacht erobert (dies ist eine der grundsätzlichen Bedingungen für die Eroberung der Macht); danach, wenn sie die Macht ausübt und auch, wenn sie sie fest in den Händen hält, wird sie herrschen, aber sie muß auch weiterhin ‚führend‘ bleiben.“[13]

Interpretation eines Zitats

a) In der Ausübung der Macht einer Klasse (Gruppe) lassen sich u. a. zwei Funktionen unterscheiden – die der Herrschaft in Gestalt exekutiver Staatsgewalt und die der politischen, geistigen und moralischen Führung mittels der Hegemonie.

b) Herrschaft in diesem Sinne wird über jene ausgeübt, die von ihr ausgeschlossen sind, sich ihr nicht fügen, in einer unterdrückten Stellung gehalten werden sollen und dennoch natürlich

ein Teil der „zivilen Gesellschaft" sind, während Hegemonie das Verhältnis der an der Machtausübung Beteiligten bzw. der um die Machtausübung Ringenden zueinander ist, ein Verhältnis, bei dem sich Hegemonie auf Gleichberechtigung, gegenseitige Anerkennung, auf **Konsens** gründen muß.

c) Hegemonie ist kein Anspruch, den man einfordern kann, sondern eine Führungsfunktion in einem Bündnis, die man allein durch geistige, politische und moralische Vorzüge erringen muß und die stets der Billigung der Bündnispartner bedarf. Am Beispiel der Rolle der liberalen gemäßigten Fraktion der italienischen Bourgeoisie im italienischen Einigungsprozeß des 19. Jahrhunderts erläutert Gramsci, daß eine entsprechende Politik „eine hegemoniale Aktivität sein muß auch vor der Machtübernahme und die sich nicht allein auf die materielle Kraft verlassen darf, die die Macht bietet, um eine effektive Führung auszuüben".[14] In diesem Zusammenhang sei hier nochmals auf einen Grundfehler in der Machtpraxis in den Ländern des „realen Sozialismus", der modellhaft war, hingewiesen: Führung wurde von den regierenden kommunistischen Parteien im wesentlichen kraft Macht und politischer Überlegenheit ausgeübt. Wo Zustimmung erlangt wurde – und sie gab es tatsächlich –, so war diese nicht das Ergebnis der Suche nach einem Konsens gleichberechtigter Partner, deren legitime Interessen in die Gesamtpolitik einflossen, sondern das Ergebnis eines von oben dirigistisch erwirkten Kompromisses. Ein Unterschied zwischen Herrschaft und Führung wurde kaum gemacht, weder in der Theorie noch in der Praxis.

d) Hegemonie wird als eine Voraussetzung der Herrschaft einer Klasse (Gruppe) betrachtet, die man bereits **vor** der Machtübernahme erringen und sichern muß. Sie wird nach der Übernahme der Macht nicht überflüssig, eher noch wichtiger als zuvor. Die so verstandene Bündniskonstellation bildet nach Gramscis Auffassung einen „historischen Block", der die Mehrheit des Volkes vereinen müsse.

e) Auf diese Weise darf sich Machtausübung einer Klasse nicht auf die Herrschaft einer kleinen, auserwählten, machtbewußten Elite gründen, die ihren Willen der Mehrheit oktroyiert, sondern muß sich auf einen zu bildenden „historischen Block" der Mehrheit des Volkes stützen, der in der Lage ist, politisch den gegnerischen „historischen Block" entweder aufzulösen oder in eine Minderheitsposition zu drängen. Hegemonie als Voraussetzung der Macht kann man verlieren und somit die Macht selbst. Darin besteht das demokratische Wesen des Hegemonie-Konzepts von Gramsci.

Organischer und bürokratischer Zentralismus

Zu Gramscis Parteikonzept, auf das man hier nur in groben Zügen eingehen kann, gehören auch seine Vorstellungen vom **Zentralismus**. Allerdings beschränkt er den Zentralismus, den er einerseits befürwortet, andererseits aber sehr differenziert und kritisch analysiert, nicht auf Parteien, sondern sieht in ihm eine erforderliche Funktionsweise von Staat und Gesellschaft überhaupt. Auf Grund der historischen Erfahrungen, auf die er sich bezieht, unterscheidet er zwischen „organischem", „demokratischem" und „bürokratischem" Zentralismus, wobei für ihn organischer und demokratischer Zentralismus eine Einheit bilden. Der „organische Charakter" des Zentralismus „kann nur in Gestalt des demokratischen Zentralismus existieren, der sozusagen ein ‚Zentralismus' in Bewegung ist, was eine ständige Anpassung der Organisation an die reale Bewegung bedeutet." Die müsse verbunden sein mit der Akkumulation immer neuer Erfahrungen. Der Zentralismus sei „organisch", weil er die Bewegung, d. h. die historischen Veränderungen, berücksichtigt, „was bedeutet, auf organische Weise die historische Realität zu erfassen".[19] Und er fügt hinzu, daß der demokratische Zentralismus „eine organische Einheit zwischen Theorie und Praxis, zwischen den intellektuellen Schichten und den Volksmassen, zwischen Regierenden und Regierten" erfordert.[20] Überhaupt nimmt bei Gramsci die Rolle der Intellektuellen in der Gesellschaft und in der Partei einen entscheidenden Platz ein. Die Intellektuellen sind das aktive, unumgängliche Vermittlungsglied zwischen der Führung und den Massen; ihre Funktion besteht darin, Konsens zu erreichen, der gerade den demokratischen Charakter des Zentralismus und der Hegemonie ausmacht.

Kritisch und ablehnend äußert sich Gramsci zum „bürokratischen Zentralismus". – Falls dieser zum Beispiel in einem Staate – und das gilt ja auch für

die Partei – das Übergewicht erhält, kommt es dazu, „daß die führende Gruppe selbstzufrieden ist und zu einer Clique wird, die bemüht ist, ihre kleinlichen Privilegien zu verewigen und die das Aufkommen entgegenstehender Kräfte kontrolliert oder auch unterdrückt, selbst wenn diese Kräfte mit den herrschenden Grundinteressen übereinstimmen".[21]

Die Feststellung erinnert, wenn man sie auf die Praxis regierender kommunistischer Parteien in der Vergangenheit bezieht, an jene Kritik, die einige Jahre früher Rosa Luxemburg an der Situation in Sowjetrußland nach der Oktoberrevolution übte. Sie schrieb: „Nur ungehemmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält **schöpferische Kraft**, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt ... Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt ..." Auf diese Weise komme es zur Cliquenwirtschaft, zur Diktatur einer Handvoll Politiker.[22]

Aus der Sicht der heutigen negativen Erfahrungen im „realen Sozialismus" wird der Zusammenhang von Gramscis Zentralismus-Konzept mit seiner gesamten Gesellschaftstheorie deutlich. Da die Stabilität der Gesellschaft im „realen Sozialismus" allein auf der Macht im engeren Sinne des Wortes, das heißt auf der Staatsgewalt beruhte, die wiederum ein Instrument der Parteiführung (nicht die Partei schlechthin) war, führte dies zwangsläufig zum Zentralismus in Partei und Staat und zum Zentralismus von Partei und Staat gegenüber der gesamten Gesellschaft. Hätte der Zentralismus wirklich ein demokratischer sein sollen, für den er ausgegeben wurde, dann hätte man nicht nur den Unterschied von Partei und Staat respektieren bzw. durchsetzen müssen, sondern man hätte die soziale, politische, weltanschauliche, kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft anerkennen und zur Grundlage der Suche von Übereinstimmungen, Gemeinsamkeiten machen müssen. **Demokratischer** Zentralismus hätte seinen legitimen Sinn und eine stabilisierende Funktion in der Gesellschaft nur dann erlangt, wenn er von der Mehrheit dieser Gesellschaft anerkannt und unterstützt worden wäre, wenn er sich auf Hegemonie und Konsens im Sinne der Interpretation Gramscis gegründet hätte.

5. Gramscis Charakterisierung des Faschismus

Seit 1922 war Italien das erste Land, in dem der Faschismus als Herrschaftsform seinen Siegeszug begann. Für die Arbeiterbewegung, die sich noch immer in den Ausklängen der revolutionären Nachkriegskrise befand, deshalb gerade für jene Strömung der Arbeiterbewegung, die auf Revolution und Sozialismus orientiert war, entstand eine neue Situation, die ihre Strategie beeinflussen mußte. Die Diskussionen entfalteten sich darum, wie vom Gesichtspunkt bürgerlicher Machtausübung schlechthin und vom Gesichtspunkt des revolutionären Kampfes für Sozialismus das Wesen des Faschismus einzuschätzen ist. Der Zwang, Antworten zu finden, war unter allen kommunistischen Parteien damals für die Kommunistische Partei Italiens am akutesten.

Die Diskussion drehte sich darum, ob Faschismus zum Normalzustand bürgerlicher Machtausübung geworden war und damit nur durch Sozialismus beseitigt werden könne oder ob der Faschismus eine spezifische Form der Herrschaft einer bestimmten Gruppe der Bourgeoisie war, neben der es auch weiterhin andere Varianten bürgerlicher Machtausübung, also auch demokratische, geben könne. In Übereinstimmung mit der These von der angeblich zunehmenden Klassenpolarität zwischen Bourgeoisie und Proletariat im Kapitalismus dominierte in der Kommunistischen Internationale die Auffassung, im Klassenkampf bleibe nur noch die Alternative zwischen Sozialismus und bürgerlicher Herrschaft in bevorzugter Gestalt des Faschismus. Manche meinten sogar, die faschistische Herrschaftsform würde die Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution begünstigen. Das strategische Denken in diesen polaren Alternativen schloß Zwischenformen, also beispielsweise (außer faschistischer Diktatur) auch bürgeriche Demokratie, ebenso aus wie eine mögliche Rolle politischer Kräfte, die sich zwischen den beiden extremen Polen des politischen Spektrums, also zwischen der revolutionären, kommunistischen Arbeiterbewegung und der Bourgeoisie, eigenständig, mit eigenen Programmen bewegen können. Faschismus als natürliche Weiterentwicklung der bürgerlichen Herrschaft unterscheidet sich nach dieser Auffassung nicht wesentlich von bürgerlicher Demokratie. Aus dieser Betrachtungsweise heraus ergab sich dann die irrige Einschätzung, alle Kräfte, die nicht für die revolutionäre Beseitigung des Faschismus und somit gleichermaßen des Kapitalismus eintraten, unterschiedslos dem bürgerlichen, letztlich reaktionären und faschistischen Lager zuzuordnen, so auch die Sozialdemokratie. Stalin und Sinowjew, der damals an der Spitze der Komintern stand, hatten die Sozialdemokraten 1924 als „Sozialfaschisten" charakterisiert.

Bordiga, Gramscis Vorgänger an der Spitze der KPI, war ein prominenter Vertreter derartiger Auffassungen.

Dieses Konzept lag auch der politischen Orientierung der Kommunistischen Partei Deutschlands in ihrem Kampf gegen die faschistische Gefahr Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre in Deutschland zugrunde. Die Partei paralysierte selbst ihren durchaus entschiedenen und konsequenten Kampf gegen den Faschismus dadurch, daß sie als unmittelbares Ziel dieses Kampfes die Errichtung eines sozialistischen Rätedeutschlands mit der Diktatur des Proletariats deklarierte. Ein Konzept zur Verteidigung der Weimarer Republik und zu deren demokratischer Ausgestaltung existierte in der KPD nicht.



In mehrfacher Hinsicht ging diese politische Strategie der KPD an den Realitäten vorbei. Sie gründete sich auf eine Überschätzung der eigenen Kräfte im Kampf um die Macht, auf eine Fehleinschätzung der Konstellation und Stärke der bürgerlichen Kräfte und auf die Negierung eines bürgerlichen demokratischen und antifaschistischen Potentials, mit dem man sich hätte vereinigen können, allerdings nicht im Kampf für Sozialismus. Diese Strategie vereitelte letztlich die notwendige antifaschistische Aktionseinheit mit Sozialdemokraten auch dann, als man aufhörte, letztere als Sozialfaschisten zu bezeichnen. Eine Zustimmung der Sozialdemokraten zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf hätte praktisch als eine indirekte Zustimmung zur Politik der KPD gedeutet werden können, die die Beseitigung der Weimarer Republik und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats zum Ziel hatte.

Natürlich muß hier angemerkt werden, daß diese Kritik an der politischen Linie der KPD im Kampf gegen den Faschismus nicht eine vorbehaltlose Rechtfertigung der damaligen Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung bedeuten kann. Die Sozialdemokratie stand auf dem Boden eines fundamentalen Antikommunismus, von dem aus sie ihrerseits die Gefahr des Faschismus unterschätzte und die Kommunisten mit den Faschisten gleichsetzte, ihnen also die antifaschistische Zielrichtung ihres Kampfes absprach.

Granscis Erbe kritisch aufarbeiten

Bei der Aufarbeitung des Erbes von Antonio Gramsci darf man nicht in den Fehler verfallen, Antworten auf alle aktuellen Probleme finden zu wollen. Die Situation hat sich seither gründlich gewandelt. Aus Gramscis Erbe lassen sich nicht die strategischen Konsequenzen für eine den heutigen Bedingungen entsprechende Orientierung auf sozialistische Ziele ziehen. Wir wissen, daß diese Frage sich heute in aller Schärfe neu stellt und bisher ohne ausreichende Antwort geblieben ist. Antonio Gramsci, der 1937 starb, konnte nicht voraussehen, wie durch den Kampf der Arbeiterbewegung und anderer demokratischer Kräfte die kapitalistische Gesellschaft modifiziert und reformiert wurde, wie sich infolge der wissenschaftlich-technischen Revolution die Technologien und die ökonomischen und sozialen Strukturen sowie der Funktionsmechanismus dieser Gesellschaft wandelten, wie sich die Sozial- und Klassenstruktur und die Stellung der sozialen Kräfte im Produktionsprozeß, ihre soziale Psychologie, ihr politisches Verhalten veränderten, wie sich widersprüchlich und neuartig im Gefolge des zweiten Weltkrieges die internationale Ordnung entwickelte, auf welche Weise existentielle globale Menschheitsprobleme neue Herausforderungen für alle gesellschaftlichen Kräfte mit sich bringen, welches Schicksal dem ersten Versuch, Sozialismus in einer Reihe von Ländern als Alternative zum Kapitalismus aufzubauen, beschieden ist und wie dadurch an die Geschichte, an die Theorie, an die Identität von kommunistischen und Arbeiterparteien, von fortschrittlichen demokratischen Bewegungen überhaupt neue kritische Fragen gestellt werden müssen. Gramscis gesellschaftspolitische Methodologie und seine Denkansätze in der Theorie enthalten jedoch vieles, was sich auch unter den gewandelten Bedingungen nicht nur als nützlich, sondern als ein notwendiger Schlüssel zum Verständnis der modernen Gesellschaften, ihrer Strukturen, ihrer Funktionsweise und ihrer Wandlungen erweist. Gramscis Erbe ist für alle demokratischen und progressiven, vor allem für die auf Sozialismus orientierten Kräfte auch heute hilfreich, um nach neuen, gangbaren Wegen heraus aus den ökonomischen, sozialen und Menschheitsproblemen unserer Zeit und hin zur Verwirklichung der humanistischen Ideale der Menschheit zu suchen. Bei der Neuformulierung des Inhalts des demokratischen Sozialismus, den wir anstreben, lassen wir uns ebenso wie Gramsci davon leiten, daß Sozialismus nicht die Verwirklichung eines abstrakten, vorgefaßten Gesellschaftsmodells sein kann, sondern das Ergebnis der Lösung realer Widersprüche und Probleme der bestehenden Gesellschaft, in deren historischer und wandelbarer Konkretheit, im Sinne von Fortschritt, Gerechtigkeit, Humanismus, Demokratie. Und dieses Programm läßt sich nur verwirklichen, wenn die dafür notwendigen gesellschaftlichen Bedingungen und Verhältnisse durchgesetzt werden. Eine wesentliche Erfahrung aus dem Scheitern des bisher praktizierten Sozialismus-Modells besteht darin, daß die Formen, Wege, Methoden hierfür sehr vielfältig sind.



BESSER SPÄT ALS NIE ... 1. MAI-GEDANKEN

Ich werde nicht zur 1.-Mai-Demo gehen. Ich sehe es nicht als revolutionäre Pflicht an oder als Verwirkichung unserer Kampfansätze. Was heißt es "Unsere Inhalte auf die Straße bringen", wo sind sie, wer hat sie zuletzt gesehen, diese berühmten Inhalte? Es handelt sich hier eher um eine (um jeden Preis?) wiederholte Ritualisierung von etwas Tollem, was ein paar Mal gut geklappt hat. Also, nichts wie unsere Erstemaileiche aus dem (Kühl-) Schrank zu holen, sie ein bißchen zu schminken, und vorwärts, als ob das reichen würde. Es macht nichts, wenn unserer "Zombie" unterwegs Hautfetzen verliert, Hauptsache, wir haben es wieder geschafft, ihn noch einmal ins Leben zu rufen. Es wäre zur Zeit angebracht, tatsächlich unsere Kampfansätze in Praxis umzusetzen. Warum haben wir es z.B. bisher nicht geschafft, eine breite Diskussion und Aktion/Demos gegen den Völkermord an den KurdInnen zu organisierern? Weil uns das Problem zu kompliziert erscheint, der Frontenverlauf zu widersprüchlich, wir aus dem Dilemma, in das wir uns selber hineinmanövriert haben, nicht mehr herauskommen: wir kommen schon in arge ideologische Schwierigkeiten, "Verhindert den Völkermord an den KurdInnen" zu rufen und dabei zu wissen, diese Parole wird als Aufforderung an die USA und andere imperialistische Mächte verstanden, jetzt zugunsten der KurdInnen militärisch gegen den irakischem Militärapparat einzugreifen - während wir, als der "eigentliche" (?) Golfkrieg lief, die USA - zu Recht - für ihre Aggression und ihre Bombardierung der irakischen Bevölkerung verantwortlich gemacht haben, eben "USA raus!". Dann lassen wir das Thema lieber, als ob es sich jetzt nicht um ein Massaker handeln würde, in dem Hunderttausende Frauen, Männer und Kinder auf die schrecklichste Art ermordet werden.
Also bereiten wir uns lieber auf eine starke Erstemaidemo vor, wo wir auch ein paar Solisprüche gegen den Völkermord skandieren und unser schlechtes Gewissen ein bißchen loswerden können. Und wenn kurdische Leute hier uns vorwerfen werden, daß wir sie total im Stich gelassen haben, dann werden wir wohl argumentieren, daß das nicht stimme, daß sie womöglich unsere internationalistischen Ansätze nicht richtig verstanden hätten, und daß wir selbstverständlich vollkommen solidarisch seien ...
Nun, die Quadratur des Kreises ist eine schwierige Angelegenheit ... Deswegen werde ich nicht zur Erstemaidemo gehen, weil unsere politische Misere mich ankotzt.
Liebe LeserInnen, versteht bitte mein Schreiben nicht als arrogantes Runtermachen von außen/oben. Ich schließe mich in die politische Misere/Dilemma voll mit ein, nur denke ich, wir müssen die wichtigen praktischen Probleme gemeinsam angehen und nicht unsere Energien auf einen Erstenmai, der sich überlebt hat, verschwenden.

¡VIVA LA REVOLUCION!

CHANIA, KRETA:

(A.B.C.)
Am 23.7.1990 findet eine militante Demo gegen den neuen NATO-Stützpunkt Souda statt. 20.000 Menschen demonstrierten bis zum Gericht der Stadt und zur Polizeipräfektur. Beide Gebäude wurden angezündet und brannten aus. Es kam zu Schußwechseln mit den B., bei denen niemand verletzt wurde. In den nächsten Tagen verhafteten die B. 105 Leute aus Chania und Umgebung. In der ersten Novemberwoche entschied der Richter, daß ein mutmaßlicher Demonstrant, der Bauarbeiter Manolis Chiniarakis, unter Anklage gestellt würde wg. illegalem Waffenbesitz, Besitz und Gebrauch von Sprengstoff, versuchtem Mord und 12 weiteren Straftaten , die er angeblich begangen hat. Keine der folgenden Demonstrationen konnte bis heute seine Freilassung bewirken.

Am 31.1. wurde ein weiterer Genosse verhaftet, Vardis Chouris. 60 GenossInnen blockierten das Gericht, so daß V.Chouris nur unter einem großen B.-Aufgebot in den Knast verschleppt werden konnte. Am 1. Februar demonstrierten 3000 Menschen für die Freilassung der beiden Genossen.
Die griechischen GenossInnen rufen zur internationalen Solidarität mit den zwei Gefangenen auf !!!
Briefe, die die Freilassung von den beiden fordern sollen an den Griechischen Minister für "Justiz" geschrieben werden !!!:
Mr. Thanassis Kanellopoulos, minister of justice, 1 Katekahi St.,Psyhiko - Athens, GREECE.
Kopien der Briefe/Karten bitte an A.B.C. Athens, 8 Aristidou St., 1055 Athens, GREECE schicken !!!

Erklärung
Wir sind am 23.4. einen Schieberschacht der NATO-Pipeline bei Hude heiß angegangen.
Als Nummer 2 der NATO ist die BRD von einer Unmenge an militärischen Infrastruktureinrichtungen durchzogen. Während des Golfkrieges wurde ein Hauptteil des militärischen Nachschubes - der Transport von Munition, Waffen aller Art, Soldaten, Treibstoff u.v.m. - über die 'Drehscheibe' BRD abgewickelt. Für alle US- bzw. NATO-Interventionen gegen die in Unterentwicklung gehaltenen Länder des Südens, die es wagen sollten, sich der imperialistischen Ausbeutung und Vernichtung zu widersetzen, bildet die BRD einen gewaltigen logistischen Umschlagplatz für Kriegsmaterial aller Art.
Dieses ist möglich durch ein Netz von Transport- und Kommunikationswegen, welche die NATO kontinuierlich aufgebaut hat und über das im Kriegs- oder sogenannten 'Krisenfall' der militärische Nachschub und die Logistik abgewickelt wird. Dazu gehören z.B. Schienen, Wasserwege und Straßen, welche z.T. nur unter rein militärischen Gesichtspunkten angelegt wurden, weiterhin ein Glasfaserverkabeltes Fernmeldenetz als NATO-Kommunikationssystem oder ein von der NATO aufgebautes Pipelinesystem zur Treibstoffversorgung ihrer 'Streitkräfte'.
Betrieben wird dieses Pipelinesystem von einer Fernleitungsbetriebs GmbH, welche eng mit dem Pipeline-Pionier-Bataillon der Bundeswehr zusammenarbeit. Ziel dieses Leitungssystem ist die "Aufrechterhaltung der Operationsfreiheit für die NATO-Streitkräfte". Dazu befinden sich in der BRD an die 3000 Km Pipeline, über 40 Pumpstationen, etwa 30 Tanklager und eine große Anzahl sogenannter 'Schieberschächte'. Das heißt aber auch, daß es unmöglich ist, dieses gesamte System ständig zu kontrolieren und zu bewachen, so daß sich eine Vielzahl von Angriffspunkten finden lassen.
Der Golfkrieg sollte deutlich machen, wer weltweit bestimmt und unter wessen Kontrolle sich die Rohstoffe zu befinden haben, egal in welchen Regionen dieser Erde sie lagern. Überall beanspruchen die imperialistischen Länder des Nordens den ungehinderten Zugriff auf die Ressourcen und Menschen der seit Jahrhunderten hemmungslos ausgebeuteten Völkern Asiens, Afrikas und Latainamerikas. Seit der Auflösung des realsozialistischen Blocks (v.a. der UdSSR) als Gegenpol zu den NATO-Staaten sind die militärischen Interventionsmöglichkeiten in jeder Hinsicht grenzenlos. Den imperialistischen Staaten genehme Regime werden an die Macht gebracht und gehalten, bei Disfunktionalität politisch oder militärisch abgesetzt. Verlierer dieses brutalen Zugriffs der imperialistischen Staaten sind immer die um ihre Selbstbestimmung kämpfenden Völker. Am Beispiel des kurdischen und palästinänsischen Volksaufstandes im Nahen Osten, aber auch an jedem anderen Land, in dem sich Menschen gegen ihre Kolonisatoren zur Wehr setzen, wird dieses überdeutlich. Es ist ein Hohn, wenn sich jetzt die imperialistischen Staaten als Hüter der Menschenrechte der vertriebenen KurdInnen aufspielen, haben sie doch jahrelang die Vernichtung des kurdischen Widerstandskampfes mit Hilfe des NATO-Staates Türkei billigend unterstützt. Während des Golfkrieges bombadierten NATO-Truppen die kurdischen Gebiete im Nordirak, unter dem Schutz der in der Türkei stationierten deutschen Flieger griff die türkische Armee permanent den kurdischen Widerstandskampf an.
So sehen die Mittel aus, mit denen die zukünftige 'neue Weltordnung' geschaffen werden soll und es werden noch viele Menschen diese militärischen Mittel zu zu spüren bekommen, da sich immer Widerstand gegen Ausplünderung und Tod regen wird.
Immer schon und zur Zeit besonders deutlich war und ist, daß Militär entscheidend bei der Durchsetzung politischer und ökonomischer Interessen der imperialistischen Staaten ist. Der Kampf gegen Militarismus muß Teil unserer Diskussionen und unseres Handelns sein.

GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN NORMALZUSTAND!!!

die Molche

Die anderen Infos sind vorübergehend in der Werkstatt. Wir hoffen, ihr seid damit einverstanden.



Ich gehe heut ins Kino –



Nicht ohne meine Ami-Brille!

"Eine Frau kämpft um ihre Tochter". Mit dieser Schlagzeile macht der Film "Nicht ohne meine Tochter" Werbung - und Kasse. Betty Mahmoodys Anliegen scheint nur zu berechtigt: Sie wird im Iran von einem despotischen Ehemann gefangengehalten, der die gemeinsame Tochter einer strengen islamischen Erziehung unterwerfen will. Mit viel Mut und unter Einsatz ihres Lebens gelingt es ihr, nach zwei Jahren aus dieser Situation zu fliehen. So weit, so rührend.

Doch welche Botschaft verbirgt sich hinter dieser Geschichte? Der Film erzählt nicht nur die Erlebnisse einer einzelnen Frau in der Familie ihres Mannes, sondern vermittelt indirekt, daß alle Menschen im Iran - oder sogar in sämtlichen islamischen Ländern so sind wie Moodys Verwandte: die Männer jähzornige, gewalttätige Patriarchen, die Frauen unterwürfige Dienerinnen, die fast immer kreischend und nur in größeren Ansammlungen auftreten, alle zusammen unberechenbar und fanatisch. Die einzige Frau, die Charakter und die Fähigkeit zu eigenständigem Denken und Handeln beweist, ist die weiße Heldin: die US-Amerikanerin Betty. Sie weiß schon in den ersten Tagen, was sie schon immer wußte: daß dieses Land samt seiner Menschen primitiv ist. Und auch jahrelange Anpassung an westliche Kultur bietet keine Gewähr dafür, daß nicht irgendwann das "barbarische" Wesen wieder aus dem Muslim hervorbricht. Da ist es doch besser auf Abstand zu bleiben zu Menschen solcher Kultur. Das Fremde ist nicht nur das Andere, es ist das Gefährliche. Diese Botschaft greift umso besser, als sie hervorragend in die antiislamische Propaganda paßt, die im Golfkrieg einen Höhepunkt erreicht hatte.

Der Film stellt die massive Unterdrückung und Rechtlosigkeit von Frauen im Iran dar. Es wird aber der Schluß nahegelegt, daß die westliche Gesellschaft nicht gegen Frauen repressiv sei. Ganz so, als gäbe es in dieser sich zivilisiert nennenden Gesellschaft keine Gewalt gegen Frauen, als wären die Frauenhäuser nicht überfüllt und Vergewaltigungen nicht an der Tagesordnung - auch in der Ehe.

Im Film wirkt die Repression im Iran nur deshalb furchtbar, weil sie die westlich zivilisierte Betty trifft. Alle Iranerinnen und Iraner scheinen, verblendet wie sie sind, mit dem diktatorischen Regime einverstanden zu sein. Zwischen der militarisierten Staatsgewalt im Iran und den Menschen und ihrer Kultur wird keinerlei Unterschied gemacht. Kein Wort darüber, wieviel Tausende umgebracht wurden, in Gefängnissen sitzen, das Land verlassen mußten, wie stark der Widerstand im Iran - sowohl gegen das Schahregime als auch gegen die islamische Republik - gerade von Frauen getragen wurde.
Hierzulande stoßen Iranerinnen immer wieder auf Schwierigkeiten und Ignoranz der Gerichte, wenn es um die Anerkennung ihrer Fluchtgründe geht. Ihre Proteste gegen die Verfolgung politisch Andersdenkender in ihrem Heimatland rühren hier nicht Millionen zu Tränen - und haben auch die guten Geschäftsbeziehungen zwischen der BRD und dem Iran nie beeinträchtigt.

Der Film zeigt subtiler, was in dem Buch auf jeder Seite bis zur Unerträglichkeit strapaziert wird: die Überlegenheit der westlichen Kleenex-Kultur gegenüber orientalischer "Primitivität". Welche Demütigung liegt darin, sich auf der Ebene von Reinlichkeitsvorstellungen verteidigen zu müssen! Die rassistische Arroganz zwingt die Menschen aus islamischen Ländern, sich seit Jahrzehnten gegen die gleichen Stereotypen zu verwahren. Anderen Gesellschaften ihre Kultur abzusprechen hat Tradition und gehörte schon immer zum ideologischen Fundament des Imperialismus.
Der Film stellt bikulturelle Beziehungen als generell unmöglich dar. Im Namen von Aufklärung und Frauenemanzipation werden uralte Vorurteile festgeklopft, die dazu geeignet sind, Menschen aus anderen Kulturen hier das Leben zur Hölle zu machen. Was übrigbleibt, ist bestenfalls Mitleid, überwiegend aber Rassismus und der Dünkel von Herrenmenschen.

KEINE FAHRPREISERHÖHUNGEN

sondern

NULLTARIF!



SCHWARZFAHREN

Die BVG will 91 die Fahrpreise erhöhen. Im Osten steigen die Preise von 0,20 DM auf 1 DM ;im Westen muß zukünftig 0,30 DM mehr pro Einzelfahrt bezahlt werden. Zusätzlich zu den ganzen Steuer- und Mieterhöhungen will sich auch die BVG ihren Anteil an unserer Schröpfung sichern.
Wir haben es schon bisher nicht eingesehen, für die BVG zu löhnen und haben für diese Fahrpreiserhöhung erst Recht kein Geld übrig. Etwa, um diese aufdringliche Flut von schwarzen Sheriffs und ihren bissigen Hunden zu finanzieren,die, angeblich zu unserem "Schutz", in den U- und S-Bahnen patroullieren und Leute anpöbeln ?
In der Realität sieht dieser "Schutz" so aus :

- sexistische Anmache von Frauen.
- Anmache von ausländischen Jugendlichen, die verprügelt werden, wenn sie nur einen Edding dabeihaben.
- die rassistische Haltung der BVG drückt sich auch ind der Plakatierung von ausländerInnenfeindlichen REP-Plakaten aus.
- Obdachlose, die gezwungen sind, in U-Bahnen zu schlafen, werden aus den Wagen herausgeprügelt.
- Wachschützer pöbeln alle an,die anders aussehen und verbreiten ein Klima von Terror.

Dafür also ist Geld vorhanden bzw sollen BVG-BenutzerInnen mit den bevorstehenden Fahrpreiserhöhungen herhalten.



GELD SPAREN

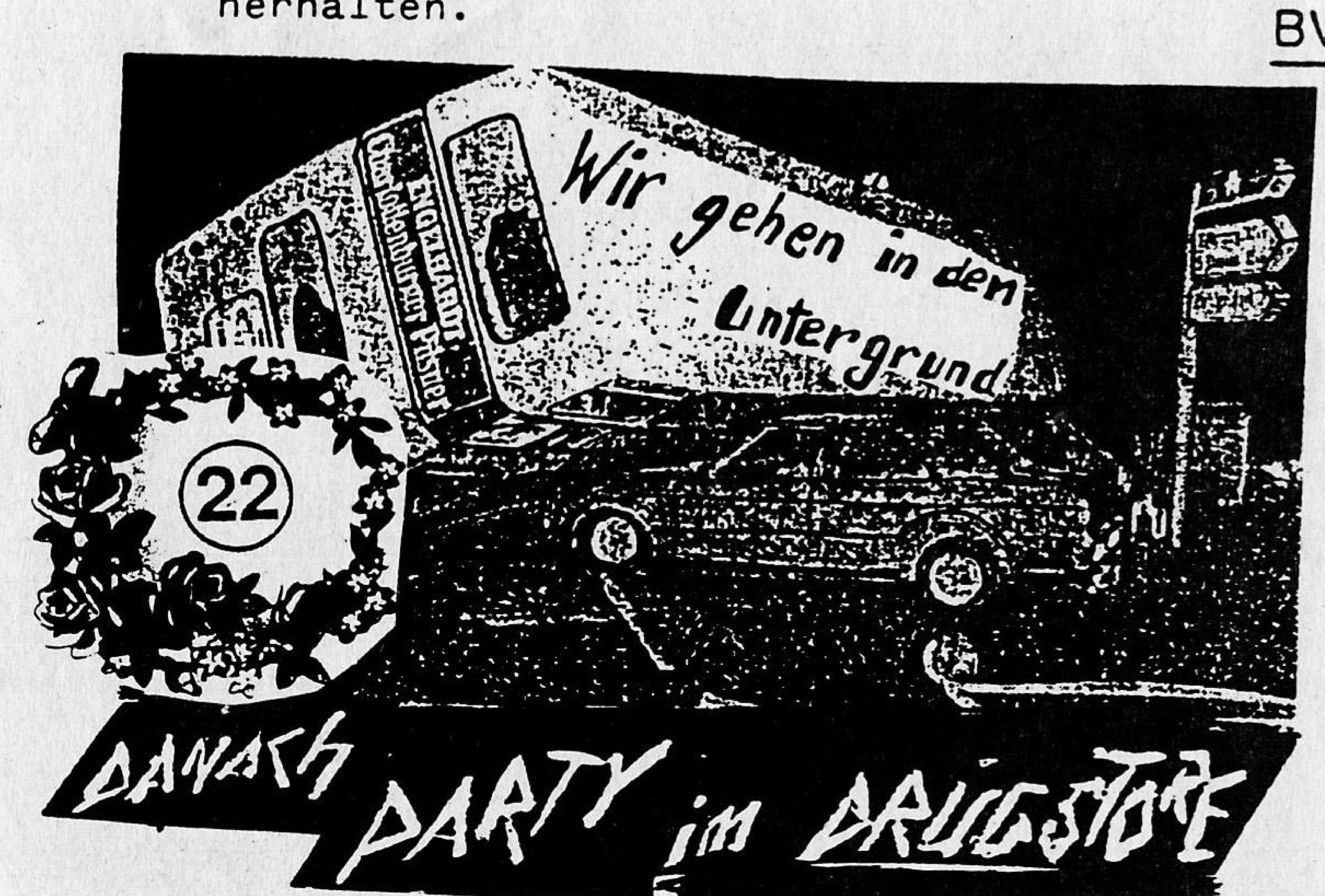
Auch sonst ist die BVG ein mieser Verein. Als das selbstverwaltete Jugendzentrum DRUGSTORE, das sich in den Räumen der BVG befindet und ihnen schon lange ein Dorn im Auge ist, weil sie die Räume selbst nutzen wollen, bei Ausbruch des Golfkriegs ein Antikriegstransparent raushängte, kündigte die BVG den Mietvertag sofort fristlos. Grundlage war eine Klausel im Mietvertrag.
Doch das Transparent bleibt hängen und das DRUGSTORE bleibt in den Räumen, ist doch klar!
Die Kündigung war durch einen Formfehler erstmal ungültig. Doch die BVG lauert auf eine neue Gelegenheit.

BVG - FINGER WEG VOM DRUGSTORE!

Weg mit der Knebelklausel im Mietvertrag, die politische Meinungsäußoerung verbietet !

ABSCHAFFUNG DER WACHSCHUTZBULLEN!

NULLTARIF FÜR ALLE!



WIR GEHEN IN DEN UNTERGRUND

-DANACH PARTY IM DRUGSTORE

-ZU DER SCHWARZFAHRERINNEN PARTY AM 17.4-

Auf Plakaten und in der Interim(leider verkleinert auf Briefmarkengröße) hatten wir zur Schwarzfahrerinnenparty geladen(mobilisiert).Da die Party dann doch recht klein blieb,wir die Aktion aber für wichtig halten,wollen wir den Ablauf kurz schildern.(siehe auch Flugi)
Wir haben diese Aktion als Soliaktion für das Drugstore gemacht weil die BVG das DRUGSTORE raussetzenwill,weil uns die Wachschutzbullen in U+S Bahn nerven und auch weil BVG und BVB mal wieder die Fahrpreise erhöhen wollen.
Die Idee war dies öffentlich zu machen und gleichzeitig in den reibungslosen BVG-Alltag einzugreifen.Agit Prop und Sabotage-
zusammen fährt es sich besser schwarz!

Am 17.4.,17 Uhr im Mehringhof versammelten sich 30-40 Leute,20 Packs Kekse,ein Topf Glühwein,1500 Flugis,ein Redebeitrag samt Mega,ein Transparent(Nieder mit der Wachschutz kralle,Nulltarif für alle) und ein Kassettenrecorder(nee,nee,nee eher brennt die BVG...).
Um 17.30 fuhren wir mit lauter Musik und Flugis verteilend zusammen vom Mehringdamm zur Möckernbrücke,wo wir uns aufbauten,Flugis verteilten dazu gabs Kekse und Glühwein zum O-Tarif.In kurzen Abständen wurde der Redebeitrag verlesen.Die Party konnte steigen und dauerte etwa 45 Minuten,die ne Menge Fun gebracht haben.Viele Leute waren ein bischen stur,aber mit gekriegt worum es ging haben alle,und sie hatten was zu lesen in der U-Bahn.
Irgendwann tauchten 10Wachschützer mit 3 Hunden auf,denen sie den Maulkorb abnahmen.Nachdem wir sie,zur Freude aller,ein bischen übers Mega gegrüßt hatten,traten wir mangels Masse(leider) und in Erwartung, daß es bald noch mehr werden würden,den Rückzug an.Dabei landete noch ein Becher Glühwein in einer Wachschutzfresse,
Am Halleschen Tor tauchten wir wieder auf und feierten weiter.Nach 15 Minuten tauchten wieder Wachschützer,Bullen und Kontrollöre auf.WIR zogen uns wieder zurück(wir waren ja nicht mehr geworden)mittels U-Bahn und stiegen eine Station weiter aus.Dort versuchten Wachschützer, Kontrollettis und Bullen uns zu kontrollieren bzw.abzugreifen(Tritte und Tränengas von Wachschützern).Das klappte aber nicht.(ätsch)
Danach gabs noch eine kleine Party im Drustore.

LOB und KRITIK(in Kürze)
Die Aktion hat eine Menge Spaß gemacht.
Öffentlichkeit wurde hergestellt.
Die Wachschutzbullen haben geschwitzt,und wurden öffentlich lächerlich gemacht.
Oma Meier kennt endlich das Drugstore.
ABER.
Es war möglich trotz weniger Leute,die AKTION zu machen.Mit mehr,wäre mehr dringewesen.
Die Mobilisierung war nicht gut genug,d.h. das Plakat war nicht eindeutig genugund Schwarzfahren ist wohl eher Privatsache und ihr habt alle genug Geld.

Und weiter?
Es geht weiter wer mag schon Wachschützer,teure Fahrscheine und das DRUGSTORE muss auch bleiben.
Sperrt Augen und Ohren auf und villeicht fällt euch auch was ein.
Bis dannn.



WIR BLEIBEN!

wohnungssuche in berlin

weil wir nicht unter brüchen schlafen wollten, und in prenzlauer berg ganz offensichtlich viele wohnungen leer standen, gingen wir zur kommunalen wohnungsverwaltung (kwv). unser ziel war es, mietverträge für leerstehende wohnungen zu bekommen. aber es war, wie schon seit jahren. sie sahen sich nicht in der lage, uns mietverträge zu geben.

da wir nicht bereit waren, diese bürokratische willkür hinzunehmen, griffen wir zur unbürokratischen selbsthilfe. so wurden seit herbst letzten jahres 9 wohnungen in der **oderberger 42** bewohnbar gemacht. wir zogen dort ein. es wurden wasseranschlüße verlegt, strom angeschloßen, toiletten und treppenaufgänge instandgesetzt und vieles mehr.

am 19. april teilte die uns aus der kwv hervorgegangene wohnungsbaugesellschaft wip mit, daß wir die 9 wohnungen innerhalb von einer woche zu räumen hätten wegen angeblicher "baulicher mängel".- obwohl die wohnungen seit jahren nicht besichtigt wurden.

wir wollen und können die wohnungen aber nicht verlassen; da wir nicht wissen, wo wir sonst unterkommen sollen. deshalb bleiben wir hier!!!

auch jetzt noch stehen weit über zehntausend wohnungen in prenzlauer berg leer, während zehntausende menschen in berlin ohne eigene wohnung sind.
die wip ist aber unter west-verwaltung nicht willens, billigen wohnraum zu vermitteln. vielmehr sollen die wohnungen luxussaniert werden, die alten bewohnerInnen sollen vertrieben werden zugunsten zahlungskräftiger yuppies oder die häuser werden an private spekulantInnen verkauft.

dagegen wehren wir uns!!! die wohnungen für die, die **drin wohnen!!!**

p.s.: wir wollen auch unterstützung aus über prenzelberg hinaus!!!

DEMO in Coburg am Pfingstmontag, 20.Mai:

KAMPF DEM COBURGER CONVENT

16.00 Uhr Treffpunkt HUK-Vorplatz (gegenüber Bahnhof)

"Wir bekennen uns zu einem ungeteilten und freien Deutschland in den alten Grenzen ostwärts der Oder-Neiße-Linie". Mit diesem nationalistischen und revanchistischen Bekenntnis legen die Korporierten des CC alljährlich zur mitternächtlichen "Mahnstunde" am Pfingstmontag ihre Ziele dar. Die durch die BRD-Kapitalisten vollzogene Annexion der DDR brachte den CC seinem Ziel "Großdeutschland" einen Schritt weiter. Die im CC zusammengeschlossenen Turner- und Landsmannschafter und vor allem die einflußreichen "alten Herren" repräsentieren die Machtinteressen der Konzerne und Banken. Durch die militärische Ausrichtung der Waffenstudenten des CC (wie Mensur, Kriegsverherrlichung incl. "Heldengedenken", die Verharmlosung faschistischer Verbrechen während des II. Weltkrieges usw.) wird in den eigenen Reihen und gerade nach außen psychologische Kriegsvorbereitung betrieben. Im ähnlichen Tenor wurden die imperialistischen Maßnahmen der Bundesregierung, wie z.B. die Entsendung der Bundeswehr in die Türkei und in das Mittelmeer vor der Bevölkerung gerechtfertigt.
Die rassistische Gesinnung des CC zeigte sich bereits in seinen Statuten Anfangs der 20er Jahre. Die "Blut und Boden"-Ideologie sowie antisemitische Parolen wurden hier manifestiert. Zum Weltbild der doitschen Herren gehört, daß Menschen wie Frauen, Behinderte und AusländerInnen als "nicht ebenbürtig" bzw. "minderwertig" eingeteilt werden. Die Korporierten grenzen sich durch eine Nichtaufnahme in den "Bund für's Leben" als selbsternannte Elite ab. Ihre reaktionären Statuten sind auch heute noch gültig.
Die Ausgrenzung und Verachtung alles Weiblichen ist ein zentrales Merkmal dieses Männerbundes. Der Ausschluß der Frauen wird hauptsächlich mit der "Natur der Frau" begründet. *"Für unsere Aktivitäten nehmen wir gewisse geschlechtliche Freiräume in Anspruch"*, formulierte CC-Sprecher Kohlrautz auf die Frauenfeindlichkeit des CC angesprochen.
Die Kapitalisten profitieren doppelt: Für die Lohnkosten des Mannes werden zwei Arbeitskräfte gekauft - der Arbeiter und "seine Hausfrau". Der CC-Verbandsbrüder wollen eine Elite nicht nur unter den Studenten darstellen. Sie sind gegen eine "Vermassung" von Universitäten und Gesellschaft. Das ist die undemokratische Grundlage einer Organisation, die reaktionäre Spitzen in Justiz und Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Militär und Wissenschaft stellen. Als Teil der herrschenden Klasse sind sie verantwortlich für Arbeitslosigkeit, sozialen Abbau und vieles mehr. Kurz, sie sind arbeiterInnenfeindlich!

Wir fordern:

- **Auflösung aller Korporationen**
- **Schluß mit rassistischen Angriffen**
- **Weg mit dem "Ausländergesetz"**
- **Keine Gewalt gegen Frauen, weg mit dem § 218**
- **Kein soziales Ausbluten der Ex-DDR**



Kommt zur Demonstration:

Gegen Imperialismus, Nationalismus, Patriarchat und Elite

AUS AUTONOMER ÜBERPRODUKTION ZU HABEN:

RHEIN-MAIN-INFOS NR.1,2,3,4 (1988/89)
zum Startbahnprozeß, Ereignisse nach
dem 2.11.87, Aussageverweigerungskampagne,
Diskussion um Verrat, Plattform autonomer
Gruppen zum Startbahnprozeß usw.
komplett 1x für 5 DM Vorkasse
Nr. 3 und 4 2x für 5 DM Vorkasse

Bestellungen an:
Infoladen Tigerente, c/o Zentrum,
Hinter der schönen Aussicht 11a,
6000 Frankfurt 1

Mach' den Mackertest !

Der heterosexuelle Mann im ausklingenden 2o. Jahrhundert ist in die Krise geraten. Dies gilt insbesondere für die Männer, die sich der autonomen, antiimperialistischen, linksradikalen, kurz: revolutionären Szene zugehörig fühlen. Von der Frauenbewegung mit der Nase drauf gestoßen, stellen auch sie sich radikal die Frage: "Bin ich etwa auch ein Macker, irgendwie?" Dieser Frage soll in diesem Test nachgegangen werden. Dieser Test wurde speziell von Männern für Männer entwickelt und soll dem heterosexuellen Mann helfen sich im Herrschaftsverhältnis Patriarchat zu verorten.

Bitte kreuze immer nur eine Antwort an und addiere dann die hinter den angekreuzten Feldern stehenden Punktzahlen. Mit Hilfe dieser Gesamtpunktzahl kannst Du Dich einer der vier Kategorien, die auf der letzten Seite erläutert sind, zuordnen.

Mach' den Mackertest!
Du weißt nicht, wer Du bist?
Wir sagen es Dir.

1. Was ist das Patriarchat?

- O der Hauptwiderspruch (2)
- O ein Nebenwiderspruch (4)
- O gar kein Widerspruch (3)
- O nicht mein Problem (5)

2. Wo findest Du überall das Patriarchat?

- O auf jedem autonomen Flugblatt (3)
- O inmirselbstdu (o)
- O nur da, wo Patriarchat draufsteht (4)

3. Wie findest Du das Patriarchat?

- O ja (o)
- O nein (o)
- O weiß nicht (5)

4. Wie verhütest Du?

- O ich geh' auf eine Anti- § 218 Demo (4)
- O ich schlaf nur mit Männern (1)
- O Hodenbaden (o)
- O ich frag' meine Freundin, ob sie eigentlich noch die Pille nimmt (5)

5. Was bedeutet für Dich Hausarbeit?

- O im Haus arbeiten (2)
- O Werkzeugkeller aufräumen (4)
- O meine letzte hab' ich zum Vordiplom abgegeben (5)
- O der blinde Fleck des Marxismus' (o)



6. **Was könnte die Abkürzung ZHS bedeuten?**

- O zukünftiger Hungerstreik (2)
- O Zehlendorfer Hausmännerschule (4)
- O Zwangsheterosexualität (o)

7. **Wie verwöhnst Du einen guten Freund?**

- O ich klopf' ihm kräftig auf die Schulter (4)
- O ich laß' ihn beim Kickern gewinnen (o)
- O ich geb' ihm ein Bier aus (4)
- O ich hab' doch 'ne Freundin (5)

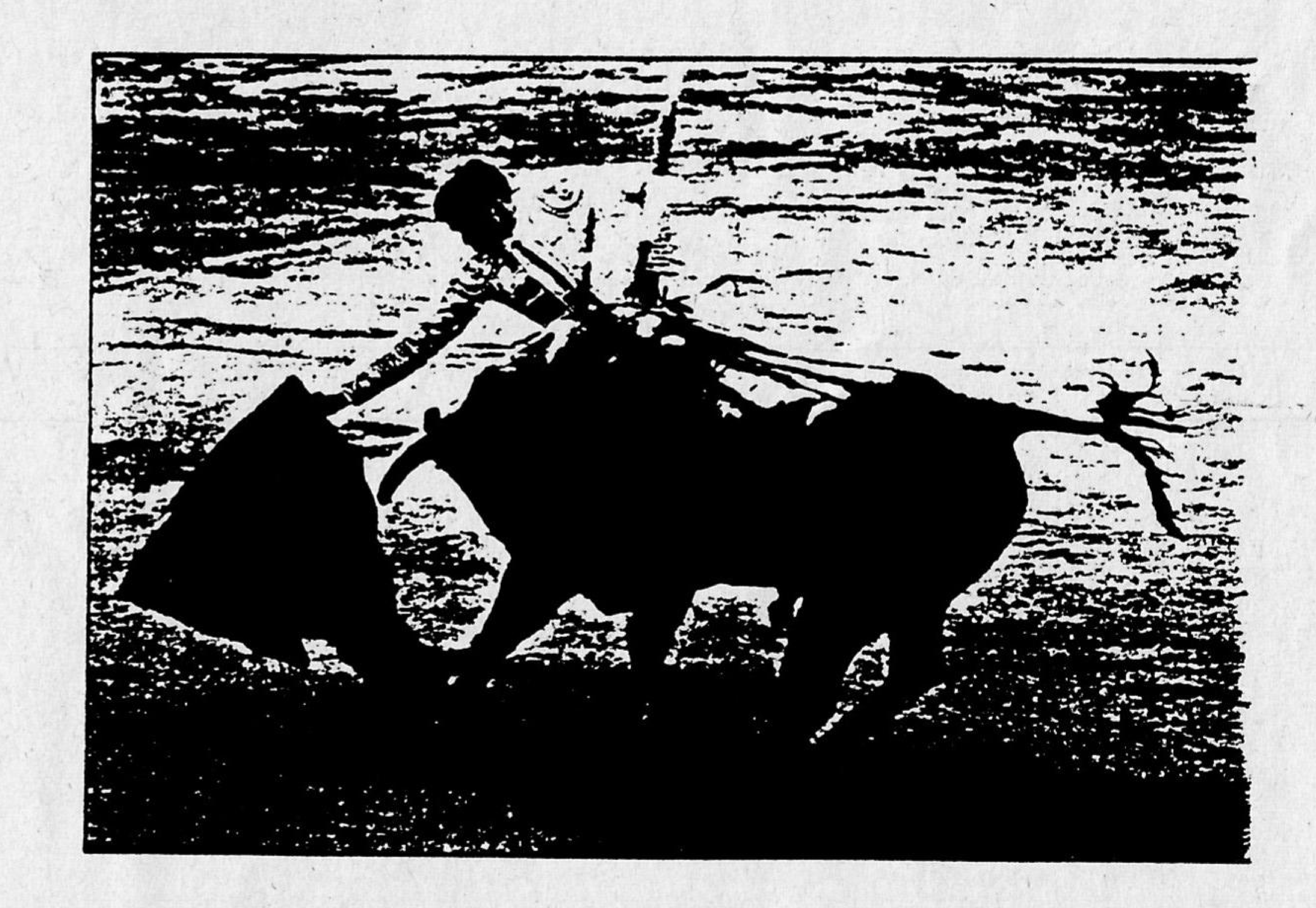
8. **Du triffst eine Frau worauf achtest Du?**

- O auf die Uhrzeit (3)
- O auf ihre Ausstrahlung (4)
- O aus welchem politischen Zusammenhang sie kommt (2)
- O darauf, daß ich beim Wechseln der Straßenseite nicht angefahren werde (o)

9. **Du triffst einen Mann, worauf achtest Du?**

- O auf seine Aura (o)
- O auf seinen Arsch (2)
- O auf die Frau an seiner Seite (5)

1o. **Mit wem identifizierst Du Dich am ehesten?**



- O Torero (5)
- O Stier (4)
- O Tuch (o)

11. **Welche Männergruppe bevorzugst Du?**

- O Pink Panther um 3 (3)
- O AL-Arbeitskreis: Randgruppe "Neue Väter" (3)
- O Bundeswehr (5)

12. **Wie pinkelst Du?**

- O im Stehen (5)
- O im Sitzen (2)
- O im Liegen (o)



13. Stell Dir folgende Situation vor: Du bist auf einer Demo, es kommt zu einem Bullenangriff. Steine fliegen. Dein Nachbar wirft aus der 8. Reihe. Wie verhälst Du Dich?

- O ich feure ihn an (4)
- O ich hau' ihm eins in die Fresse (2)
- O ich versuche ihn mit einfühlsamen Worten von der Falschheit seines Tuns zu überzeugen (o)
- O ich versuche mehr Steine pro Minute zu werfen als er (5)

14. Was verstehst Du unter Körperpanzer?

- O ein Rüstungsgut (5)
- O gehört zu jeder guten Domo-Ausrüstung (5)
- O die Chitin-Hülle bei Insekten (4)

15. Was ist 3:1 ?

- O das Endergebnis St. Pauli - Hertha (4)
- O das Halbzeitergebnis Hertha - St. Pauli (5)
- O ein Text zu Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus (o)

16. Mit welchem der drei Männer würdest Du eine Nacht verbringen?

J.P. II (3) O

B.B. (o) O

N.N. (5) O

17. Und wie?

....
..............................(ohne Punktwertung)

18. Wann hast Du zum letzten Mal einen Mann angefaßt?

- O beim letzten Punk-Konzert (4)
- O in der Kette, bei der Demo (3)
- O beim letzten Ringelpietz mit Anfassen (1)

19. Du verliebst Dich das erste Mal in Deinem Leben in einen Mann. Wie verhälst Du Dich?

- O Haß, Haß, Haß (4)
- O ich veranstalte ein coming-out Wochenende und lade meinen Geliebten dazu ein (3)
- O ich fahr ab (o)
- O ich versuche mich schnellistmöglich wieder in eine Frau zu verlieben (5)

2o. Was ist Zurichtung?

- O eine Dressursportart (1)
- O eine Einbahnstraße (3)
- O die Richtung, in die der Zug gefahren wäre, wenn er nicht blockiert worden wäre (o)

21. Stell' Dir folgende Situation vor: Du onanierst in der Badewanne, Dein Mitbewohner kommt rein. Was tust Du?

- O ich dreh' mich auf den Bauch und mache Schwimmübungen (o)
- O ich diskutiere mit ihm über den 1. Mai (1)
- O ich schlage ganz schnell ganz viel Schaum (2)

Bewertung:

Kategrie I (71 - 9o Punkte)
Super-Hard-Core-Null-Check-Macker

Du hast wirklich nichts begriffen. Du bist zwar ehrlich, aber das wird wenig helfen. Du fällst sogar auf jeder autonomen VV durch Dein penetrantes Mackerverhalten auf. Zu Deiner eigenen Sicherheit solltest Du vorerst den Kontakt zu Frauen meiden. Such Dir am besten heute noch einen Softmacker der Kategorie III und lerne von ihm wenigstens das kleine 1x1 antipatriarchaler Verhaltensweisen, um Dein Leben in der Szene zu sichern.

Kategorie II (51 - 7o Punkte)
Nullachtfünfzehn-Macker

Solche Typen wie Dich gibt es echt wie Sand am Meer. Deine spärlichen Bemühungen, Dir ein antipatriarchales Deckmäntelchen zu geben, gleiten oft ins Peinliche ab, so z.B. wenn Du immer von MitgliederInnen sprichst, oder auf der VV vom Kampf gegen Kapital, Imperialismus und ähm, öh Patrichat faselst.Du tastest Dich zielstrebig von einem Fettnäpfchen zum anderen. Bei dem Versuch es allen recht zu machen, machst Du fast alles falsch. Dennoch solltest Du die Hoffnung nicht ganz aufgeben, arbeite weiter an Dir.

Kategorie III (5o - 31 Punkte)
Smarter Softmacker

Du setzt Dich nicht mehr in die Nesseln. Du gleitest aalglatt durch die Widersprüche dieser Welt. Du hast zwar wenig begriffen, aber Deine Lektion gut gelernt. Auf diese Art und Weise bewegst Du dich recht unauffällig durch gemischte, politische Zusammenhänge. Du hast den Bogen raus, nett und rücksichtsvoll zu erscheinen, ohne einen Krümmel von Deinen Privilegien abzugeben. Jedoch: Vorsicht!
Auch Du wirst bald entlarvt werden. Vorsorglich solltest Du Dir schon mal eine Selbsthilfegruppe suchen, auch ein bißchen feministische Theoriebildung könnte Dir nicht schaden.

Kategorie IV (11 - 3o Punkte)
Anti-Pat-Macker

Du hast wirklich einiges klar gekriegt. Deine Männergruppe trifft sich fünfmal die Woche. Du pinkelst sogar allein im Wald im Sitzen. Allerdings entstehen manchmal peinliche Situationen, wenn Du einer Frau versuchst zu erklären, was an Deinem Verhalten jetzt gerade sexistisch war. Eine besondere Freude ist es Dir an langen Winterabenden Maria Mies Seite um Seite freihändig zu zitieren. Du hast Deine Hetero-Zweier-Kiste als Widerspruch erkannt und wartest jeden Samstagabend alleine im SchwuZ in der Ecke sitzend auf Dein coming-out, bisher jedoch vergebens. Du hast das Zeug dazu in der antipatriarchalen Szenehierarchie weit nach oben - bis kurz hinter die Frauen und Lesben - zu gelangen.

Kategorie V (o - 11 Punkte)

Hör auf zu pfuschen!!!

ITALIEN, APRIL 91, MAI 77

Am Freitag, den 19. April 1991 fand in Rom eine Aktion gegen den Papst statt. Der Papst war an die Uni gekommen - an sich schon eine riesige Provokation -, um eine Konferenz westlicher und östlicher Unis zu segnen. Während der Aktion - Transparente gegen die Politik des Vatikans, gegen Woitylas Angriffe auf das Abtreibungsrecht - versuchen Bullenzivis, die GenossInnen rauszudrängen. Nach der Aktion treffen sich die StudentInnen auf einer VV, um über die Ereignisse am Vormittag zu reden. Als die Leute aus der VV rauskommen, greifen plötzlich Sondereinheiten der Bullen an und knüppelen die Leute brutal zusammen. Vier GenossInnen werden festgenommen, darunter ein Verletzter, der bis Sonntag Abend in Isolation gehalten wird, ohne Kontakt mit einem Anwalt.

Montag, 22. April. Mehrere Hundert StudentInnen und GenossInnen veranstalten eine Gegeninformations-Demo auf dem Campus. Der Demozug wird unvermittelt von den Bullen angegriffen, viele werden verletzt, zum Teil schwer. Die Post innerhalb der Uni wird von den Bullen verwüstet, PassantInnen verprügelt. 24 Leute werden vorübergehend festgenommen, darunter zwei, die im Krankenhaus von den Carabinieri bewacht werden.

Padua, Sonntag Morgen, der 21. April. Carabinieri dringen in das besetzte Centro Sociale "Pedro" ein und beschimpfen die dort anwesenden Immigranten als "Scheiß Neger", die abhauen sollten. Ein Genosse wird von ihnen mitgeschleppt, verprügelt und einige Kilometer entfernt wieder ausgesetzt.

Solidarität mit den GenossInnen in Rom und Padua!

Gegen die aktuell verschärfte Repression in Italien - auch und besonders gegen ImmigrantInnen - veranstalten die GenossInnen zwei Aktionstage am 11. und 12. Mai. Am 12. Mai 1977 hatten die Sondereinheiten Kossigas die Genossin Giorgiana Masi während einer Demo ermordet.



12. MAI - MORD AN GIORGIANA MASI

A Giorgiana
... se la rivoluzione d'ottobre fosse stata di maggio
se tu vivessi ancora
se io non fossi impotente di fronte al tuo assassinio
se la mia penna fosse un'arma vincente
se la mia paura esplodesse nelle piazze
coraggio nato dalla riabbia strozzata in gola
se l'averti conosciuta diventasse la nostra forza
se i fiori che abbiamo regalato
alla tua coraggiosa vita nella tua morte
almeno diventassero ghirlande
della lotte di tutte noi donne
se ... non sarebbero le parole a cercare di affermare la vita
ma la vita stessa, senza aggiungere altro.

An Giorgiana
.. wenn die Oktoberrevolution im Mai gewesen wäre
wenn Du noch leben würdest
wenn ich nicht ohnmächtig vor Deinem Mord stehen würde
wenn meine Feder eine siegreiche Waffe wäre
wenn meine Angst auf den Plätzen explodieren würde
Mut aus der Wut, die die Kehle zuschnürt
wenn Dich kennengelernt zu haben zu unserer Stärke würde
wenn die Blumen, die wir Deinem mutigen Leben
an Deinem Tod geschenkt haben
wenigsten Girlanden würden
des Kampfes von uns allen Frauen
wenn ... dann wären es nicht die Worte, die das Leben bejahten
sondern das Leben selbst, sonst nichts.



N.A.: Thatcherismus in Athen

Nach ihrem Sieg bei den Wahlen im April 1990 erhielt die Regierung der konservativen Nea Demokratia (N.A.) 150 von 300 Sitzen im Parlament. Sie bildete ihre Regierung daraufhin mit der Stimme einer kleinen Partei der "rechten Mitte". Der einzige Abgeordnete dieser Partei wurde im Sommer bestochen und so hatte N.A. die Parlamentsmehrheit erreicht.

Bis zum September hatten die drei großen Parteien (N.A., PASOK und Vereinigte Linke) im Parlament ihre Arbeit "mit Erfolg" erledigt. Das Zerschlagen der großen Streiks der LehrerInnen während der Abschlußprüfungen der Schulen geschah mit stillschweigender Duldung (nicht durchgehend) der Opposition aus PASOK (Sozialisten) und Sinaspismos (Vereinigte Linke). Nach September änderte sich die Lage nochmals. N.A. ergriff gleiche Maßnahmen wie die Regierung Thatcher in GB - striktes Sparen bei den ärmeren Schichten der Bevölkerung . Widerstand begann sich zu regen.

November - Dezember wurde ein großer Streik bei den staatlichen Stromgesellschaften zerschlagen (unter Vereinbarungen der parlamentarischen Opposition). Die Staatliche Fürsorge wurde vermindert, Versicherungszahlungen beschnitten und gleichzeitig das MAT (griech. SEK) gegen Streikende eingesetzt. So wurden mehrere große Streiks gegen die Regierung und gegen den Verkauf staatlicher Fabriken und Gesellschaften (ohne wirtschaftliche Not) mit der Hilfe des MAT niedergeschlagen. Gleichzeitig verkaufte die Regierung einige wirklich bankrotte Firmen, woraufhin tausende ihren Arbeitsplatz verloren.

Das "neue Griechenland"

In dieser Zeit brachte N.A. zwei neue Gesetze ins Parlament ein.

Ein Anti-Streik-Gesetz sollte politische Streiks unterbinden helfen und ein "Antiterrorgesetz" bundesdeutscher Prägung, die den staatlichen Terrorismus, die ständigen Verhaftungen von AnarchistInnen und anderen Linken in Griechenland (s. Kasten) legalisieren und die Grundrechte weiter beschneiden sollten.

Diese beiden Gesetze sollen "die Basis eines neuen Griechenland" werden.

Auch in dieser Frage war die parlamentarische Opposition so unentschieden, daß selbt Ministerpräsident Mitsotakis sich eine (in seinem Sinne allerdings) stärkere Opposition wünschte. Die ließ jedoch innerhalb wie außerhalb des Parlaments auf sich warten.. Einzig kleinere anrchistische Gruppen und die landesweit agierende "Organisation zur Verteidigung politischer und gesellschaftlicher Rechte" informierten die Öffentlichkeit, veranstalteten Demonstrationen und wurden bald zur meistverfolgten Gruppierung (nach dem "17. November") in Griechenland.

Im Parlament hatte PASOK genug mit den Korruptionsprozessen ihrer früheren Minster zu tun und die Vereingte Linke hatte ernsthafte, parteiinterne Probleme. Außerdem waren sie der Regierungspolitik gegenüber ziehmlich ratlos, da sie diese zuvor mit ihrer Allparteienregierung (die die Neuwahl ermöglichte) mitvorbereitet hatten.

Die "Cpca-Cola-Generation"

So kam es dazu, daß sich die einzige, wirklich ernsthafte Opposition an den Schulen begann, zu formieren. Schon zuvor hatte ausgerechnet diese "Coca-Cola-Generation" Widerstand gegen ein neues, bis dahin inhaltlich noch unbekanntes, Gesetzespaket für Schulen und UNIs organisiert. Aus leitenden Stellen in den Ministerien sickerte allmählich an die Zeitungen durch, daß es vor allem um die Privatisierung der Universitäten und damit das Ende der kostenlosen Bildung gehen sollte. Andere strenge Planungen sahen die Abschaffung des Asyls (Bullen-freier Raum Universität), neue Prüfungen und die Abschaffung der Wartelisten (d.h. Einführung eines faktischen Numerus Clausus) vor.

Sehr schnell wurden nun die Unis von streikenden StudentInnen besetzt, was zunächst seitens der Regierung keinerlei Reaktionen hervorrief. Nach eineinhalb Monaten wechselnder Besetzungen, wurde, als ein erster Erfolg, das Gesetzespaket veröffentlicht. Und daraufhin passierte das, womit niemand in Griechenland gerechnet hatte: Das Entstehen der SchülerInnenbewegung.

Widerstand an/in den Schulen

Speziell an den Schulen sollten die neuen Verordnungen schnell durchgeführt werden: Die Wiedereinführung der Schuluniform, des Fahnenappells und des Schulgebets, begleitet von einem neuen Notensystem, mehr Prüfungen und einer Bewertung des "Betragens" IN- UND AUSSERHALB der Schule schien beschlossenen Sache zu sein. Von der Provinz ausgehend fingen jedoch sofort Schulbesetzungen an, die sich schnell über das ganze Land hin ausbreiteten, so daß Anfang Dezember alle Schulen Griechenland besetzt waren. Die Lebhaftigkeit der SchülerInnen, die Logik des sich selbst organisierens und die Unfähigkeit von PASOK und Vereingter Linken sie zu kontrollieren, zeigten, daß die Situation für die Regierung noch schwieriger werden würde. Das Bildungsministerium versuchte daraufhin mit den üblichen Kompromißformeln die Bewegung zu beruhigen, was aber nicht gelang, da die SchülerInnen mittlerweile ihren Forderungskatalog erweitert hatten: Sie forderten jetzt die strukturelle Änderung des gesamten Bildungssystems und die Rücknahme aller, vorher beschriebenen, Gesetze.

Weihnachten in der Schule

Gezwungen durch die unübersehbare Situation an den Schulen, druckten griechische Zeitungen den Schulboykott wochenlang auf den ersten Seiten als Aufmacher. Die Regierung mußte eingestehen, daß die Bewegung von nirgendwo ferngesteuert ist. So wartete sie darauf, daß sich die Bestzungen in den Weihnachtsferien von alleine auflösen würden. Die SchülerInnen bleiben jedoch die ganzen Ferien in den verbarrikadierten Schulen und veranstalteten Diskussionen und Konzerte. So schaltete die Regierung dann die Staatsanwaltschaft ein und drohte den SchülerInnen damit, daß sie das gesamte Schuljahr wiederholen müßten. Außerdem stachelten sie rechte LehrerInnen und "AktivbürgerInnen" dazu an, die Besetzungen zu beenden.

N.A. ermordet einen Lehrer; der Widerstand explodiert

Am Montag nach den Ferien versuchen rechte Anwälte, BürgerInnen, LehrerInnen im Schutz der Bullen verschiedene Schule zu stürmen, was die SchülerInnen aber verhindern können. In dieser, von der Regierung zuvor angeheizten Situation, stürmt in Patras eine Gruppe von N.A.-Anhängern (Angeführt vom Jugendsekrteär der N.A.) eine Schule und ermordeten einen solidarischen, linken Lehrer, als sie ihn mit Eisenstangen erschlugen. Überall in Griechenland gehen nun die SchülerInnen auf die Straßen; es finden riesige Demos statt, allein in Athen sind es über 100 000. Parteibüros der N.A. werden abgefackelt, der Bildungminister tritt zurück und alle Schulen, die nicht mehr besetzt waren, werden nun wieder besetzt. Außerdem beginnen LehrerInnen einen landesweiten Unterstützungsstreik.
In Athen schließlich versuchen die Bullen die Demos mit Tränengas aufzulösen. Sie verwandelten die Stadt in die Szenerie eines Bürgerkriegs: Ca. 5000 SchülerInnen, StudentInnen und AnarchistInnen antworten mit Steinen und Mollis auf die brutalen Einsätze und treiben die Bullen zurück. Während der gesamten Nacht des ..... ist das Zentrum Athens von brennenden Barrikaden blockiert, Geschäfte werden geplündert und N.A.-Büros und Banken zerstört.

Eine von den 2000 von den Bullen verschossenen Gasgranaten zerschlägt das Schaufenster eines großen Geschäfts und die Auslage fängt zu brennen an: Das Resultat sind vier Tote, die im darüberliegenden Haus in Flammen und Rauch sterben (In der deutschen Presse wird die Schuld am Brand fast einhellig einem Molli der DemonstrantInnen gegeben. Anm.d.Red.). Am selben Tag finden wieder überall riesige Demos statt; die Straßenschlachten in Athen setzen sich fort, und in Thessaloniki, Patras und auf Kreta kommt es ebenfalls zu kleineren Kämpfen. Nach dem dritten Tag großer Demonstrationen zieht die Regierung das Schulgesetz zurück und beginnt einen "nationalen Dialog" mit Schülerinnen und StudentInnen. Die Besetzungen der Schulen werden von der Bewegung nach und nach aufgelöst, die letzten Großdemos finden gegen den Golfkrieg in Athen und Thessaloniki statt.

Ein erster Sieg und wie weiter...?

Auf der anderen Seite führen die StudentInnen ihre Besetzungen unter großer Beteiligung der Fakultäten fort. Dabei finden die Themen Golfkrieg und demokratische Freiheiten Eingang in die Diskussion, doch sieht es dennoch im Moment so aus, als ob diese Bestezungen bald beendet würden. Es macht sich eine ziemliche Hoffnungslosigkeit an den UNIs breit.
Zum Schluß kann ich sagen, daß die gesellschaftliche Opposition der SchülerInnen und StudentInnen der rechten Regierung der N.A. ihre erste Niederlage beigebracht hat. Sie hat auch erreicht, daß die parlamentarische Opposition aus ihrer Lethargie und Isolation gerissen wurde (was immer das auch heißen mag. Anm. d. Übers.). Das, was von den Bewegungen der SchülerInnen und Studentinnen noch bleibt, wird hoffentlich bald verstärkt Einfluß darauf nehmen, wie es mit der Beteiligung Griechenlands beim Morden am Golf weitergeht.

Autor: Namentlich unbekannter Genosse aus Griechenland
Übersetzung: R.D.
Red. Bearbeitung: SpinnenNetz, Wiesbaden

Kreuzberg, 25.4.

Uns stinkt's! Die Herren Stadtverplaner haben sich im Auftrag der Herren Baupolitiker was was schönes ausgedacht für Kreuzberg. "Ökologisch sinnvoll" und "behutsam stadterneuernd" sollen am Moritzplatz drei Großprojekte hingeklotzt werden. "Behutsam" heißt im Falle des Ost-West-Handelszentrums zum Beispiel, dem herausragensten der drei Projekte, Gewerbemieten von 86 Mark pro Quadratmeter. Die Mieten im umliegenden Kiez würden dem dann auch bald angeglichen werden. Kreuzberg, city-nah gelegen, ein grüner, ruhiger, sündhaft teurer Wohnbezirk mit exklusivem Gewerbe? Nicht mit uns !!!

Wir haben heute die Ausstellung im Stadttor am Schlesischen Tor, wo die neue Verplanung des Moritzplatzes bürgernah serviert ist, besucht und dem schönen grauen Teppichboden mit zwei Flaschen Buttersäure übergossen: Damit die Ausstellung genauso übel stinkt, wie sie KreuzbergerInnenfeindlich ist.

Wir lassen uns nicht verplanen

Kreuzberg Dufter Haufen

Puerto Rico: Widerstand und Befreiungskampf

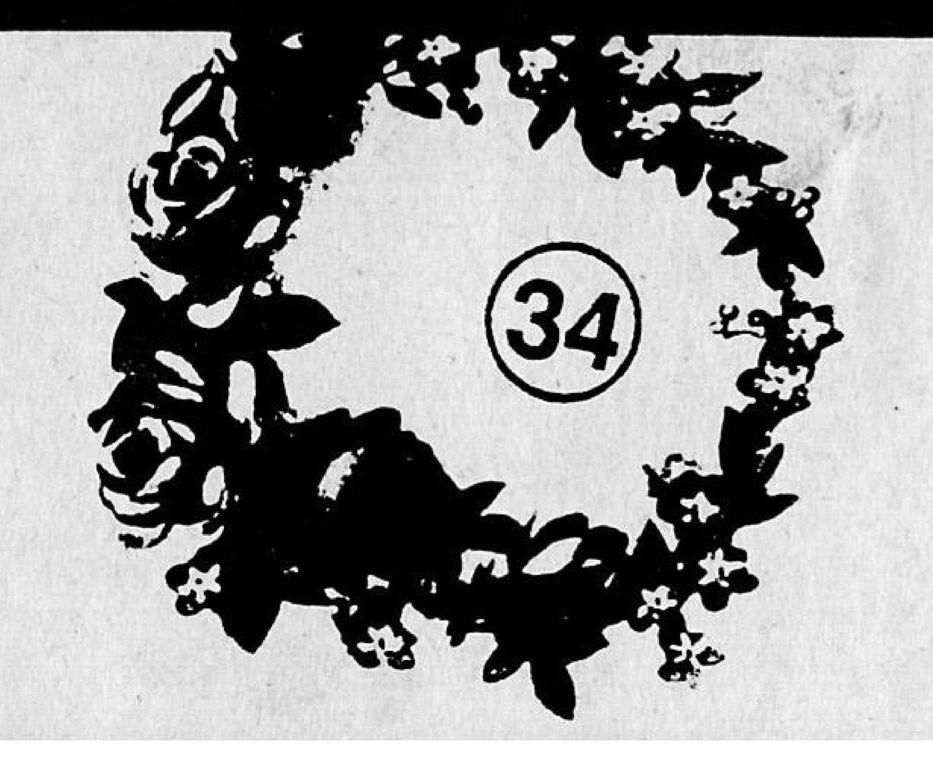
Veranstaltung mit Rita Cordova und Julio Rosado von der MLN (Puertoricanische Befreiungsbewegung)
– zum Boykott des Referendums über den zukünftigen Status Puerto Ricos
– zur Forderung nach Freilassung der puertoricanischen politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen/FREEDOM NOW! Kampagne
– zur »Neuen Weltordnung« nach dem Golfkrieg
am Montag, 6.5. um 19 Uhr
Ort: TU-Mathematikgebäude, Raum 001, Straße des 17. Juni

Puerto Rico libre!
Materialien zur Geschichte und Aktualität
des Kampfes um Unabhängigkeit
in Puerto Rico.
Broschüre, 116 Seiten, 7 DM
Herausgegeben vom Archiv '92
Archiv für transatlantische Sozial- und
Kulturgeschichte
Eichenbergerstr. 53, 2800 Bremen

Aus dem Inhalt: Geschichte der Kolonialisierung durch Spanien und USA; Plan 2020, PuertoricanerInnen in den USA; Politische und Kriegsgefangene; Militärstrategien der USA in Mittelamerika und in Puerto Rico; Zum Rassismus in Puerto Rico; Repression und Widerstand; Plebiszit u.a

Einzelexemplar 7 DM, ab 5 Ex - 6 DM, ab 10 Ex 1 Ex kostenlos.

US Präsident Bush hätte sich gerne noch in diesem Jahr einen großen Traum erfüllt: Mit Hilfe eines fadenscheinigen Referendums sollte aus Puerto Rico, der US-Kolonie in der Karibik, ein Bundesstaat der USA werden. Das Referendum scheiterte jedoch vorläufig an den Widersprüchen in der US-Administration selbst. Die 'Hardliner' wollten nicht ein weiteres "Dritte Welt Volk" eingemeinden und den Bestand des 'weißen Amerika' gefährden.
Eine solche 'Eingemeindung' ist auch gar nicht nötig. Puerto Rico ist ohnedies fest in der Hand der USA. Als Freihandelszone, als gigantisches Gewerbegebiet für gefährliche und umweltgefährdende Industrie, als integraler Bestandteil der regionalen und globalen Militärstrategie der USA, als Arbeitskräftereservoir und nicht zuletzt als bevölkerungspolitisches Experimentierfeld wird Puerto Rico systematisch den US-Interessen unterworfen.
Die Unabhängigkeitsbewegung Puerto Ricos fordert den Rückzug des US-Militärs von der Insel, die Schließung der riesigen Militär-Basen, die Entwicklung einer eigenständigen Ökonomie mit sozialistischen Elementen, Freundschaft statt Aggression im karibischen und mittelamerikanischen Raum und vor allen Dingen die sofortige Freilassung aller puertoricanischen politischen und Kriegsgefangenen, die in US-Gefängnissen unter Sonderhaftbedingungen eingekerkert sind.
Hierzulande ist wenig bekannt über die Kolonialisierung und den Widerstand in Puerto Rico. Das archiv '92 nimmt den Kampf gegen das Referendum und die Kampagne der Unabhängigkeitsbewegung für die Freilassung der Gefangenen zum Anlaß, diese Broschüre zu Puerto Rico herauszugeben. Die Redaktionsgruppe will damit auf eine weithin unbekannte Facette amerikanischer Geschichte und Gegenwart aufmerksam machen: Auf die 'innere Kolonialisierung' der nicht-weißen Völker in den USA, der Natives, Chicanos, Schwarzen und PuertoricanerInnen.
Die Broschüre soll nicht einfach nur ein fundiertes 'Länderheft' mit Beiträgen zur Geschichte Puerto Ricos und den aktuellen politischen und sozialen Kämpfen sein. Darüberhinaus versteht die Redaktionsgruppe das Heft auch als Beitrag zur Kampagne "500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand". Denn bis heute hat dieses menschenfeindliche System nichts von seiner destruktiven Kraft eingebüßt. Ein System, in dem sich Kapitalismus, Rassismus und Sexismus zu einer Konzeption des 'weißen Herrenmenschen' gegenseitig durchdringen.
Unser Symphatie und unser Interesse gilt in dieser Broschüre einer Unabhängigkeitsbewegung, die ihren Kampf gegen den US-Imperialismus auch als Kampf gegen Rassismus und Sexismus versteht.



An alle AntifaschistInnen !

Nachdem der Antifaschistische Kalender ´91 so gut angekommen ist, ist gerade der für 1992 wieder in der Mache. Wir, die Kalendergruppe ´92 (Antifas aus verschiedenen Städten) sind daran interessiert den Kalender im Serviceteil zu aktualisieren, d.h. wir wollen immer nur aktuelle Adressen drin haben. Also, falls ihr im letzten Kalender nicht aufgführt sein solltet, dann schickt uns eure Kontaktadresse zu; falls sich was geändert hat, oder falls ihr so drin bleiben wollt, schickt ebenfalls bitte ´ne kurze Nachricht.
Schreibt bitte auch dazu, unter welcher Adressenrubrik ihr erscheinen wollt. Es gibt die folgenden Rubriken: Antifa-Adressen, Flüchtlingspolitikadressen, Infoläden und Zentren, Rechtshilfen und Ermittlungsausschüsse.
Der Kalender ´92 wird sich in mehreren Texten schwerpunktmäßig mit Rassismus/ Faschismus in Bezug auf das Projekt "Festung Europa 92" beschäftigen. Aber es ist auch wieder Raum für eine Vielfalt an anderen Themen, u.a. "Antifaschistische Kulturfähigkeit", "Frauen in Antifazusammenhängen", "Sicherheitsstaat" etc.
Falls ihr noch Interesse habt inhaltlich etwas im Kalender zu veröffentlichen, dann schickt es uns zu (Redaktionsschluß ist der 30.Mai).
Und noch eine kurze Bitte: Wenn ihr daran interessiert seid den Kalender weiterzuverkaufen, dann bestellt bitte frühzeitig, damit wir die Auflagenhöhe besser kalkulieren können. Wir bieten den Kalender für alle, die bis zum 15.7. bezahlen, wieder zu einem Subskriptionspreis von 8,50 dm an (später 9,50 dm)/ ab 5 Stck. 30% Rabatt/ ab 50 Stck. 35%/ ab 100 Stck. 40%. Bitte schickt ausreichend Porto mit! Der Kalender erscheint Ende August !

Ciao, Kalendergruppe ´92
c/o unrast
Querstr.2
4400 Münster

DER TANZ GEHT WEITER

ANTIFA
KIEZDISCO
IM
SYNDIKAT

AM

FR. DEN 3.5.'91 AB 20.00 UHR
WEISESTR. 56 (NEUKÖLLN/U-BODDINSTR.

Termine:

Sa. 4.5.	Video "Harder than Core" im El Locco um 22.00 Uhr
So. 5.5.	20.00 Film "Die Abfahrer" im EX
Die.7.5.	19.00 Video "Es gibt kein wahres Leb4n im falschen" im El Locco
	21.00 Video "Dynamit am Simplon" im El Locco
Mi. 8.5.	Frauenabend im EX Thema: Gewald gegen Mädchen
Do. 9.5.	Vorbereitungstreffan zu Venedig in Wiesbaden im Libertärem Zentrum um 14.oo Uhr Oranienstr. 54 HH

FETE IM EX
FREITAG **3. MAI**
AB 22 UHR



1. Mai 1989